

Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors



Herausgeber:
Stiftung Topographie des Terrors
Gedenkstättenreferat
Niederkirchner Straße 8
10963 Berlin

Redaktion: Dr. Julana Bredtmann
bredtmann@topographie.de
Mitarbeit: Cornelia Siebeck

Korrektur: Sandra H. Lustig
Druck: Druckteam Berlin
Gestaltung: Christine Kitta

Titelbild:
Die NS-Überlebende Rajisa Tupytsja

© Kostjantyn Tschernitschkin

www.topographie.de
www.gedenkstaettenforum.de

gefördert durch

Inhalt

2 Editorial

4 **Drei Jahre Hilfsnetzwerk für Überlebende der NS-Verfolgung in der Ukraine**

Wie Erinnerungsarbeit zu verantwortungsvollem Handeln wird

Autor:innenkollektiv Hilfsnetzwerk

14 **80 Jahre nach der Befreiung**

Neue Vermittlungsangebote zur Geschichte des KZ Mittelbau-Dora

Andreas Froese

22 **Gedenkstätten heute**

Eine gesellschaftspolitische Standortbestimmung

Petra Haustein · Susanne Freund

31 **Bilder, Macht und Deutungskämpfe in Europa zwischen 1945, 1990 und 2025**

Tagungsbericht des 22. Ost-West-Europäischen Gedenkstätten-treffens in Kreisau/Krzymowa

Hannah Schönwald · Samuel Alves Gaspar da Silva

Aktuelle Stellungnahmen und Positionspapiere

39 **Wozu brauchen wir Gedenkstätten?**

Überlegungen zu aktuellen Herausforderungen der deutschen Geschichtskultur angesichts der Überarbeitung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes

Jörg Ganzenmüller · Oliver von Wrochem

43 **8. Mai 1945 – 80 Jahre danach.**

Gemeinsame Stellungnahme von VGD und VHD

45 **Positionspapier Initiative »Historiker*innen für eine demokratische Gesellschaft«**

Gut zu wissen

46 **Ausstellungen**

52 **Seminare und Konferenzen**

54 **Bildung und Forschung Online**

Liebe Leser:innen,

drei Jahre nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hat das Hilfsnetzwerk für Überlebende der NS-Verfolgung nicht nur vielfach konkrete Unterstützung geleistet – es steht auch beispielhaft für eine Erinnerungsarbeit an die NS-Verbrechen, die Verantwortung in der Gegenwart übernimmt. Der Rückblick auf die Aktivitäten des Netzwerks eröffnet diese Ausgabe.

Weitere Beiträge befassen sich mit den neuen Informations- und Vermittlungsangeboten der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, mit einem Projekt zur gesellschaftspolitischen Standortbestimmung von Gedenkstätten der Fachhochschule Potsdam in Kooperation mit dem Netzwerk Zeitgeschichte, sowie mit einer Reflexion über das 22. Ost-West-Europäische Gedenkstätten-treffen in Kreisau/Krzyzowa zum Thema »Bilder, Macht und Deutungskämpfe«.

Mit Blick auf aktuelle politische Entwicklungen dokumentieren wir erneut Stellungnahmen und Positionspapiere: einen Diskussionsbeitrag von Jörg Ganzenmüller und Oliver von Wrochem zu aktuellen Herausforderungen der deutschen Geschichtskultur angesichts der Überarbeitung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes; eine gemeinsame Stellungnahme des Verbands der Geschichtslehrerinnen und -lehrer (VGD) und des Verbandes der Historikerinnen und Historiker Deutschlands (VHD) sowie ein Positionspapier der Initiative »Historiker*innen für eine demokratische Gesellschaft«.

Eine anregende Lektüre wünscht

Julana Bredtmann

www.gedenkstaettenforum.de/aktivitaeten/gedenkstaettenrundbrief

Kateryna Koldorar (geb. 1934)
überlebte den NS-Völkermord
an den Rom:nja.

© Kostjantyn Tschernitschkin

Autor:innenkollektiv Hilfsnetzwerk

Drei Jahre Hilfsnetzwerk für Überlebende der NS-Verfolgung in der Ukraine

Wie Erinnerungsarbeit zu verantwortungsvollem Handeln wird

Der vollumfängliche russische Angriffskrieg gegen die Ukraine – ein später Beginn für solidarisches Handeln

»Durch den aktuellen Krieg in der Ukraine sind viele Menschen in große Not geraten. Unter den Leidtragenden sind auch die Überlebenden nationalsozialistischer Verfolgung. Sie brauchen jetzt mehr denn je unsere Hilfe, damit lebenswichtige Grundlagen wie Wärme, Nahrung und medizinische Versorgung sichergestellt, aber auch Wiederaufbauarbeiten unterstützt werden können. Mit Hilfe von Spenden möchten wir eine koordinierte und unbürokratische Unterstützung von ehemaligen NS-Verfolgten, ihrer Angehörigen und den Netzwerkpartner*innen vor Ort und auf der Flucht realisieren.

Helfen Sie mit Ihrer Spende den Überlebenden der NS-Verfolgung in der Ukraine!«

Mit diesem Aufruf startete am 17. März 2022 unser Hilfsnetzwerk für Überlebende der NS-

Verfolgung in der Ukraine spontan seine Arbeit. Es hatte sich zuvor am 9. März in einem Online-Treffen gegründet, zu dem der Berliner Verein KONTAKTE-KOHTAKTbI gemeinsam mit Prof. Dr. Jens-Christian Wagner (Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora) und Dr. Jörg Morré (Museum Berlin-Karlshorst) eingeladen hatte. Dank der unbürokratischen Unterstützung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) konnte schnell eine Koordinierungsstelle geschaffen und von KONTAKTE-KOHTAKTbI ein Spendenkonto eingerichtet werden.

Heute gehören dem Hilfsnetzwerk 47 Organisationen – Gedenkstätten, Stiftungen und zivilgesellschaftliche Erinnerungsinitiativen – an. Alle engagieren sich für die Aufarbeitung von NS-Verbrechen und die Erinnerung an diese in Deutschland. Viele von ihnen pflegen seit Jahren enge Kontakte zu ehemaligen NS-Verfolgten und Partner:innen in der Ukraine, darunter Historiker:innen und Museumsbetreiber:innen, Mitarbeiter:innen und Freiwillige von Opferverbänden, jüdischen Gemeinden



oder Roma-Organisationen, die teilweise seit Jahren mit Überlebenden zusammenarbeiten.¹

Das Ziel des Hilfsnetzwerks war es, Überlebende der NS-Verfolgung und ihre Familien schnell und unbürokratisch zu unterstützen – ohne Antragstellung, ohne Fristen sollten unsere Partner:innen in der Ukraine in die Lage versetzt werden, in der eingetretenen Ausnahme-situation humanitäre Hilfe zu leisten. Spätestens jetzt war solidarisches Handeln für die Überlebenden – darunter ehemalige Häftlinge zahlreicher deutscher Gedenkstätten – gefragt.

Laut Schätzungen waren zu dem Zeitpunkt über 40.000 hochbetagte Überlebende der NS-Verbrechen in der Ukraine durch den russischen Angriffskrieg existenziell bedroht. Zum zweiten Mal in ihrem Leben sind sie mit einem Krieg konfrontiert, der traumatische Erinnerungen wachruft. Aufgrund ihres Alters und ihrer gesundheitlichen Einschränkungen können oder wollen viele von ihnen nicht mehr fliehen und sind von den Kriegsfolgen besonders betroffen.

Seitdem haben wir gemeinsam mit unseren Partner:innen vor Ort in über 7.000 Fällen NS-Überlebende und ihre Familien mit humanitärer Hilfe erreicht. Von den anfangs spontanen und auf Anfragen reagierenden Hilfsmaßnahmen sind wir zunehmend zu wiederkehrenden Hilfsformaten übergegangen, die eine stabile Unterstützung für unsere Partner:innen und die Überlebenden gewährleisten.

»Wir können uns die Zeit und das Land, in dem wir leben, und die Umstände, die uns umgeben, nicht aussuchen. Wir können nur die besten menschlichen Eigenschaften zeigen: Menschlichkeit und Mitgefühl. Besonders schmerzlich spüren wir das jetzt, wenn täglich die Sirenen des Luftalarms ertönen, Drohnen und Raketen über uns fliegen.«

Petro Bulawinets (1937–2024), Dubno, überlebte als Kind das KZ Ravensbrück



**Unterstützung
für Überlebende der
NS-Verfolgung:
Kateryna Koldorar
(geb. 1934) mit unserer
Partnerin Maryna
Kasanskaja in Irpin.**

© Kostjantyn Tschernitschkin

Unsere Aktivitäten für die Überlebenden in der Ukraine und in Deutschland

In den vergangenen drei Jahren haben die Mitglieder sowie die Koordinierungsstelle des Hilfsnetzwerks bei KONTAKTE-KOHTAKTbI mit vielfältigen Maßnahmen konkrete Hilfe möglich gemacht: Spendenboxen vor Ort, gemeinsame Spendenkampagnen, Veranstaltungen wie die bundesweiten Aktionstage sowie das Einwerben von Fördermitteln tragen zu Spendeneinnahmen von nunmehr insgesamt über einer Million Euro bei.

Diese Mittel werden direkt gemeinsam mit unseren Partner:innen in der Ukraine für verschiedene Formen der humanitären Hilfe eingesetzt: Durch finanzielle Soforthilfen können Überlebende in akuten Notsituationen direkt und unbürokratisch unterstützt werden. Mit den ausgezahlten Beträgen können sie dringend benötigte medizinische Behandlungen, Medikamente oder Hilfsmittel wie Rollstühle finanzieren. In anderen Fällen wurden zerstörte Fenster, die durch Explosionen zu Bruch gingen, mit den Soforthilfen ersetzt.

Aufgrund des Krieges sind Medikamente, ärztliche Behandlungen und Pflege schwer zugänglich oder unbezahlbar. Viele ältere Menschen in der Ukraine haben außerdem nur schwer Zugang zu Nahrungsmitteln, sauberem Wasser, Strom und Heizmaterial. Renten und Unterstützungsleistungen reichen oft nicht aus, um in der andauernden Krise zu überleben. Die

NS-Überlebenden haben bereits im Zweiten Weltkrieg unermessliches Leid erfahren und erleben nun erneut Gewalt, Angst und Vertreibung. Daher ist auch das Bedürfnis nach psychosozialen Angeboten besonders ausgeprägt. Viele Überlebende leben allein oder erhalten selten Besuche von weit entfernt lebenden Familienmitgliedern. Einige von ihnen haben im aktuellen Krieg den Verlust von geliebten Menschen erfahren. Ohne Angehörige oder soziale Unterstützung sind sie auf Hilfe von außen angewiesen. Zudem wirkt sich die soziale Isolation negativ auf die psychische Gesundheit aus und kann zu Depressionen führen. Um der Isolation und Einsamkeit zu begegnen, die auch noch nach dem Kriegsende anhalten wird, unterstützen wir unsere Partner:innen darin, Treffen für die NS-Überlebenden durchzuführen. Wir legen daher einen Schwerpunkt auf diejenigen Formen der Hilfe, die mit einem Besuch durch die Partner:innen und ihre freiwilligen Helfer:innen verbunden sind.

Mit zunehmendem Alter verschlechtert sich bei vielen der NS-Überlebenden die Mobilität, der Bedarf an Pflege wächst stetig. Gleichzeitig steigen die Preise für Hygieneartikel infolge der Inflation massiv. Jede einzelne Lieferung bedeutet daher eine spürbare Entlastung und konkrete Verbesserung der Lebenssituation. Schnelle humanitäre Unterstützung kann akute Not lindern und helfen, das Überleben dieser Menschen zu sichern. Die Spenden aus

Regelmäßige Begegnungen bieten den NS-Überlebenden ein Stück Normalität – dabei erhalten sie auch gesundheitliche Unterstützung und Informationen durch Ärzt:innen und Psycholog:innen.

© Ljudmyla Sukowata



Deutschland zeigen den Überlebenden außerdem, dass sie nicht vergessen werden, und senden eine starke Botschaft der Menschlichkeit und Erinnerung.

Unsere ukrainischen Partner:innen verbinden teils langjährige Beziehungen mit den NS-Überlebenden. Der Großteil der Hilfe erreicht die Betroffenen daher über unsere ukrainischen Partner:innen vor Ort: Sie beschaffen wichtige Güter wie Lebensmittel, Medikamente, warme Kleidung, Decken, Notlampen oder Heizmaterial – und bringen sie oft direkt zu den Überlebenden nach Hause. Ljudmyla Sukowata von der regionalen Filiale der Stiftung »Verständigung und Toleranz« im Gebiet Riwna skizziert die gemeinsame humanitäre Hilfe und den andauernden Bedarf durch die Überlebenden wie folgt:

»Die Sorge um den möglichen Verlust von Angehörigen bei Raketen- und Drohnenangriffen, die ständigen Sirenenmeldungen bei Luftalarm, das tägliche Leben in einem stressigen Informationsfeld, negative Emotionen wie Traurigkeit, Angst, Frustration, Leiden an Einsamkeit usw. – All dies hat die Gesundheit dieser Menschen sowohl physisch als auch psychisch erheblich beeinträchtigt und wird dies auch weiterhin tun. Derzeit ist in der Ukraine ein rapider Anstieg von Schlaganfällen, Herzinfarkten und anderen Erkrankungen des Herzens und des Nervensystems zu verzeichnen, insbesondere bei Menschen im Rentenalter. Gleichzeitig reichen die Rentenzahlungen nicht

aus, um die Kosten für Medikamente, Hygieneartikel und Lebensmittel zu decken.

Das Wichtigste, was sie brauchen und worum sie selbst ständig bitten, sind Lebensmittelpakete, Medikamente, Hygieneartikel, Bettwäsche. Vor allem Binnenvertriebene, die Überlebenden, die ohne Zuhause und ohne irgendetwas geblieben sind.

Die durchgeführten Hilfsmaßnahmen sind zu Lebens- und Hoffungsprojekten für die in unseren Regionen lebenden Opfer des Nationalsozialismus und Kriegskinder geworden. Sie tragen wesentlich zur Verbesserung des psychologischen und moralischen Zustands der Begünstigten bei.«

Darüber hinaus unterstützt das Netzwerk auch Kolleg:innen und Partner:innen, die in der Ukraine im Bereich Erinnerungsarbeit und Aufarbeitung der NS-Verbrechen beschäftigt sind oder Überlebende betreuen. Einige von ihnen setzen ihre Arbeit unter schwierigsten Bedingungen fort – andere kämpfen nun an der Front. Viele ihrer regulären Projekte stehen durch den russischen Angriffskrieg still: Gehälter können nicht mehr regelmäßig gezahlt werden, Archive und Museumsbestände sind akut bedroht und müssen gesichert werden – oftmals unter lebensbedrohlichen Umständen. Auch hier hat das Hilfsnetzwerk bereits auf vielfältige Weise konkrete Hilfe geleistet. Die folgenden zwei Beispiele verdeutlichen die enge Zusammenarbeit im Bereich der Erinnerungskultur:



Gedenktafel in Druschkiwka für Juden: Jüdinnen und politische Gegner:innen, die während der deutschen Besatzung in diesem Haus festgehalten und später ermordet wurden.

Die Gedenktafel wurde an einem Haus angebracht, dass durch russische Angriffe stark beschädigt wurde.

Screenshot Youtube:
www.youtube.be/5PLJhKjCj18 (12. Februar 2025)



1. Druschkiwka: Fortsetzung der Erinnerungsarbeit mit Jugendlichen unter Beschuss

Druschkiwka ist während des gesamten Krieges eine Frontstadt: Russische Luft- und Bodenangriffe sowie Raketen- und Drohnenbeschuss gehören hier zum Alltag. Die Geschichtslehrerin Nina Makarova blieb trotz der Gefahr in der Stadt und führt ihre Projekte der Erinnerungsarbeit mit Jugendlichen fort. Wir unterstützen Nina Makarova mit Spenden in dieser Arbeit.

Mit ihren Schüler:innen nimmt sie an den Programmen des Ukrainian Center for Holocaust Studies teil und engagiert sich aktiv im Gedenken vor Ort. Gemeinsam brachten sie eine Gedenktafel an einem Gebäude an, das durch russische Angriffe zerstört wurde. Die Tafel erinnert an die Jüdinnen und Juden und politischen Gegner:innen, die während der deutschen Besatzung in diesem Haus gefangen gehalten und später ermordet wurden.



2. Odesa: Unterstützung zum Holocaust-Gedenktag

Unsere Partner:innen der Rom:nja Organisation Bachtalo Drom im Gebiet Odesa engagieren sich seit Beginn des russischen Angriffskrieges nicht nur in der humanitären Hilfe für NS-Überlebende, sondern setzen auch ihre wichtige kulturelle und erinnerungspolitische Arbeit fort. Mit von uns eingeworbenen Spenden konnten wir eine Gedenkveranstaltung anlässlich des Holocaust-Gedenktags am 27. Januar 2025 unterstützen.

27. Januar 2025: Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in Odesa.

Überlebende der NS-Verfolgung nahmen an dem Gedenken in Odesa teil.

Ein kleines Stück Sicherheit im Kriegsalltag – Das Patenschaftsprogramm

Im Juni 2022 entstand im Rahmen einer vom Hilfsnetzwerk organisierten Online-Veranstaltung »Helfen im Krieg. Perspektiven auf die Unterstützung Überlebender der NS-Verfolgung in der Ukraine« die Idee, Patenschaften einzuführen. Ziel war es, über einmalige Soforthilfen hinauszugehen und langfristiges Engagement aus Deutschland zu fördern. Mit regelmäßigen kleinen Beiträgen sollte eine längerfristige Unterstützung eingerichtet werden, die vorrangig für ehemalige Zwangsarbeiter:innen und KZ-Überlebende geleistet wird. Durch unsere ukrainischen Partnerorganisationen wurden besonders dringende Fälle identifiziert. Das Patenschaftsprogramm wird seither von wiederkehrenden Spenden aus Deutschland und dem Einsatz ukrainischer Partner:innen getragen und zahlt monatlich 40 Euro an mittlerweile 200 Überlebende aus.

»Selbst 40 Euro im Monat können das Alltagsleben älterer Menschen spürbar verbessern – für Medikamente, Lebensmittel oder zum wiederholten Mal zerstörte Fensterscheiben. Es ist ein wichtiges Signal und weit mehr als eine symbolische Unterstützung aus Deutschland. Solange dieser verfluchte Krieg andauert, dürfen wir diejenigen nicht im Stich lassen, die uns einst vor den Schrecken des Krieges gewarnt haben.«

Ljubow Danylenko (Expertin zur NS-Zwangsarbeit in der Ukraine und Partnerin des Hilfsnetzwerks)

Mit den Patenschaften unterstützen wir auch mehrere NS-Überlebende, die durch den russischen Angriffskrieg zu Binnenvertriebenen geworden sind. Flucht ist für ältere Menschen eine besondere Herausforderung: Das Verlassen ihres Zuhauses und der gewohnten Umgebung stellt eine enorme finanzielle und psychische Belastung dar. Die Patenschaften schaffen eine spürbare Entlastung für die NS-Überlebenden.



Unterstützung für Binnenvertriebene: Die NS-Überlebende Rajisa Tupytsja musste wegen des russischen Angriffskriegs ihre Wohnung in Charkiw verlassen. Dank einer Patenschaft erhält sie nun gezielte Unterstützung in der neuen Umgebung.

© Kostjantyn Tschernitschkin

Wer sind die Überlebenden der NS-Verfolgung in der Ukraine?

Ein Blick auf unsere Zielgruppe

In der Auseinandersetzung mit der Frage, wer eigentlich als Überlebende der NS-Verfolgung heute noch erreicht werden kann, zeigt sich häufig eine Leerstelle: Die NS-Verbrechen in der Ukraine haben bis heute keinen festen Platz in der deutschen Erinnerungskultur. Auch im öffentlichen Bewusstsein sind die Dimensionen der nationalsozialistischen Verbrechen und die Opfer der nationalsozialistischen Gewalt in Osteuropa nur wenig präsent: Über wen sprechen wir eigentlich, wenn wir von Überlebenden der NS-Verfolgung in der Ukraine berichten? Um welche Opfergruppen des Nationalsozialismus handelt es sich und wer kann heute noch durch die Spenden erreicht werden?

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind nun 80 Jahre vergangen. Ein großer Teil der Überlebenden der NS-Verbrechen lebt inzwischen nicht mehr oder ist hochbetagt und gehört zu den am meisten gefährdeten Menschen im Kriegsgebiet.

Heute erreichen wir vor allem Überlebende, die damals Kinder oder Jugendliche waren. Unter ihnen befinden sich Holocaust-Überlebende, Überlebende der NS-Zwangsarbeit, Überlebende des NS-Völkermords an den Rom:nja sowie weitere Personen, die den NS-Terror überlebt haben, deren Dörfer niedergebrannt oder deren Familienangehörige ermordet wurden.

Ein großer Teil der Menschen, die wir erreichen, sind Überlebende der NS-Zwangsarbeit: Zwischen 1941 und 1945 mussten etwa 2,4 Millionen Menschen aus der Ukraine Zwangsarbeit für das nationalsozialistische Deutschland leisten. Viele der heute noch lebenden Überlebenden waren damals minderjährig, wurden mit ihren Eltern verschleppt oder während der Zwangsarbeit ihrer Eltern geboren.

Als Minderjährige zur Zwangsarbeit verschleppt wurde auch Isabella Jelnikowa (geb. 1927). Sie war 16 Jahre alt, als sie zur Zwangsarbeit nach Dresden musste. Lange engagierte sie sich in der Ukrainischen Union der Häftlinge –

Opfer des Nationalsozialismus (USVZhN) und setzte sich für die Belange der NS-Überlebenden in der Ukraine ein. Heute ist sie 98 Jahre alt und auf Unterstützung angewiesen. Im Rahmen der Patenschaften des Hilfsnetzwerks erhält sie monatlich 40 Euro.

»Ich wurde am 16. Februar 1927 in der Familie eines Angestellten in Dnepropetrowsk geboren. Ich war die Jüngste von acht Kindern in der Familie. Als der Krieg begann, war ich 14 Jahre alt, und die Deutschen schickten mich zur Arbeit in die Fabrik, wo ich als Hilfsarbeiterin tätig war. Am 2. September 1943, früh am Morgen, holte mich ein deutscher Vorarbeiter aus der Fabrik und brachte mich direkt zur Kommandantur. Mit mir waren noch andere junge Frauen. Dort wurden wir alle einer kurzen medizinischen Untersuchung unterzogen und erhielten Vorladungen, dass wir vom Bahnhof Dneprowsky aus zur Arbeit nach Deutschland geschickt werden sollten. Im Falle von Ungehorsam gegenüber den deutschen Behörden würde meine ganze Familie verhaftet und alle würden ins Gefängnis kommen. Unter schwerer Bewachung durch Deutsche wurden ich und meine 16-jährigen Altersgenossen in Güterwaggons zur Arbeit nach Deutschland geschickt. Zuerst brachte man uns nach Polen, in das Lager Perymyschl. Dann wurden wir in das nächste Lager, nach Dresden, gebracht, wo wir von Fabriken, Geschäftsleuten und Besitzern zur Arbeit geholt wurden. Ich landete bei der Familie Schweigert, im Dorf Turm, die ein Hotel betrieb. Ich habe anderthalb Jahre für sie gearbeitet und bin dann geflohen. Ich kam in ein sowjetisches Filtrationslager, wo Leute wie ich überprüft und nach Hause geschickt wurden. Bei meiner Rückkehr nach Hause erkrankte ich schwer und war 4 Monate lang krank.

Ich arbeitete 40 Jahre lang in einer Fabrik und ging 1992 in den Ruhestand. Jetzt bin ich 96 Jahre alt und muss noch einmal einen zweiten Krieg durchleben. Ich bin sehr krank. Ich wohne im fünften Stock in einem Haus ohne Aufzug, und ich kann nicht allein hinausgehen. Wenn die Alarmer ertönen, was mehrmals am



Isabella Jelnikowa (geb. 1927) wurde mit 16 Jahren zur Zwangsarbeit verschleppt. Heute lebt sie in Dnipro.

© Olena Vypryzka



Kateryna Koldorar (geb. 1934) überlebte den NS-Völkermord an den Rom:nja.

© Kostjantyn Tschernitschkin

Tag der Fall ist, bin ich sehr angespannt und ich kann nachts nicht schlafen. Mein Enkel kümmert sich jetzt um mich, und Freiwillige kommen mich besuchen.«

Auch Rom:nja waren Opfer der NS-Besatzungsherrschaft in der Ukraine. Zehntausende wurden ermordet, verfolgt und zur Zwangsarbeit verschleppt. Doch bis heute gibt es nur wenige Zeugnisse über die Verfolgung von Rom:nja in der Ukraine. Auch Überlebende und ihre Nachkommen wissen oft nichts oder nur wenig über den Kontext der eigenen Verfolgungsgeschichte, aus Scham wurde nur selten darüber gesprochen. Die Überlebenden erfahren immer noch Diskriminierung, ihre Lage ist prekär und von Armut geprägt.

Kateryna Koldorar wurde 1934 in Irpin in der Region Kyjiw geboren. Während des Zweiten Weltkriegs lebte sie als Kind in Mariupol, das von 1941 bis 1943 unter nationalsozialistischer Besatzung stand. Wie in allen durch die

Nationalsozialisten besetzten Gebieten fand auch hier eine systematische Ermordung der Rom:nja statt. Auch Kateryna Kolodrars Eltern wurden ermordet. Katerynas Verwandte nahmen sie nach dem Tod ihrer Eltern in ihre Obhut. Heute ist Kateryna Koldorar 90 Jahre alt und lebt wieder in Irpin. Unsere Partnerin Marina Kasanskaja besucht sie regelmäßig.

Netzwerkarbeit und Synergien

Das Hilfsnetzwerk versteht sich auch als Vermittler und Brückenbauer zwischen den deutschen Mitgliedseinrichtungen und ukrainischen Partnerorganisationen. Auf drei Beispiele entstandener Synergien soll im Folgenden näher eingegangen werden.

Ein konkretes Beispiel für diese Zusammenarbeit ist die Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen (SHGL). Vor dem Hintergrund des Angriffskrieges wandten sich Angehörige ehemaliger KZ-Häftlinge aus der Ukraine – häufig über das Hilfsnetzwerk vermittelt – mit der Bitte um Unterstützung an die Stiftung. Mithilfe des Netzwerks konnte gezielt die benötigte humanitäre Hilfe geleistet werden. Aus den ersten Kontakten sind inzwischen dauerhafte Verbindungen entstanden: Die Angehörigen werden regelmäßig zu Gedenkveranstaltungen eingeladen und sind aktiv in das partizipative Denkmalprojekt »Ort der Verbundenheit« eingebunden.

Die Geschichten und Lebensrealitäten heute noch lebender Überlebender der NS-Verfolgung in der Ukraine wurden auf vielfältige Weise vermittelt und sichtbar gemacht. Dabei konnten neue Verbindungen zwischen einzelnen Überlebenden und Städten, Initiativen sowie Gedenkstätten in Deutschland geknüpft oder bereits bestehende Kontakte vertieft werden. Diese Verbindungen führten auch zu neuen Impulsen für lokale Erinnerungsarbeit und Möglichkeiten der Anerkennung des erlittenen Unrechts. Das folgende Beispiel aus Villingen-Schwenningen zeugt davon. Hier entstand durch den Kontakt zu einem ehemaligen Zwangsarbeiter eine neue Initiative zur Erforschung der lokalen Geschichte der Zwangsarbeit.

Im Dezember 2022 stieß ein Mitarbeiter der Stiftung Topographie des Terrors auf einen Bericht des Hilfsnetzwerks über den 96-jährigen Wolodymyr Shcherbina (geboren 1926, in Mykolajiw wohnend), der während des Zweiten Weltkriegs zur Zwangsarbeit nach Schwenningen verschleppt worden war. Dies war ein unerwarteter Schock für den engagierten Historiker Florian Kimmelmeier: Obwohl ihm die weite Verbreitung der NS-Zwangsarbeit bekannt war, hatte er diese nicht mit konkreten Personen und seinem Heimatort verbunden.

Kimmelmeier betont:

»Ein Spendenbericht des Hilfsnetzwerks für NS-Verfolgte in der Ukraine stand am Anfang all dessen, was wir in den letzten beiden Jahren zur Auseinandersetzung mit der Lokalgeschichte der NS-Zwangsarbeit bei uns im Schwarzwald-Baar-Kreis an neuen Erkenntnissen, Vernetzungen und öffentlicher Aufmerksamkeit erreicht haben und künftig auch noch weiter erreichen werden. [...] Der Kontakt und die Begegnung mit einzelnen Menschen und ihren Erzählungen, wie er in unserem Fall durch das Hilfsnetzwerk möglich war, ist eine große Chance und etwas sehr Besonderes.«

Der direkte Kontakt zu Wolodymyr Shcherbina, der trotz des Kriegs in zwei Telefonaten seine Erlebnisse schilderte, kam dank des Hilfsnetzwerks zustande. Durch dessen Tod

im Februar 2023 konnte ein Treffen in Präsenz nicht mehr verwirklicht werden. Aus dem Kreis der lokalen Unterstützer:innen in Villingen-Schwenningen entstand daraufhin eine Initiative zur Aufarbeitung der NS-Zwangsarbeit vor Ort, die sich mittlerweile landes- und bundesweit vernetzt hat. Inspiriert durch Shcherbinas Geschichte schrieb eine 16-jährige Schülerin darüber hinaus das Theaterstück *Vergessene Schicksale*, das im November 2024 mit dem Geschichtspreis des Oberbürgermeisters ausgezeichnet wurde und im März 2025 zur Aufführung kam.

Und nicht zuletzt plant der Verein KONTAKTE-KOHTAKTbI ein umfangreiches Projekt in Kooperation mit der ukrainischen Roma-Jugendorganisation ARCA zum Thema »Safeguarding Oral History of the Genocide of Roma«. Dabei knüpft er an die erfolgreiche Zusammenarbeit im Rahmen des Hilfsnetzwerks an. Im Zentrum des Projekts stehen Oral-History-Interviews mit über 30 Überlebenden des Genozids an den Rom:nja in der Ukraine. Diese Zeitzeugnisse werden archiviert und gezielt für Workshops sowie Ausstellungsmaterialien aufbereitet, die sich an zivilgesellschaftliche und kommunale Akteure richten. Ziel des Projekts ist es, durch die langfristige Archivierung der Interviews eine nachhaltige Grundlage zu schaffen, auf die zukünftige Forscher:innen und Pädagog:innen zurückgreifen können.

Erfolge und aktuelle Herausforderungen

Bei der Gründung gingen wir von einer kurzfristigen Notsituation aus, doch schnell wurde deutlich: Der russische Angriffskrieg dauert an – und mit ihm der Unterstützungsbedarf von NS-Überlebenden. Für uns war klar: Die Arbeit unter diesen Bedingungen zu beenden, wäre verantwortungslos. Davon zeugt auch die Spendenbereitschaft in der deutschen Gesellschaft: Nach der Hochphase der Spendeneingänge direkt nach dem Überfall auf die Ukraine haben sich die Einnahmen über die drei Jahre auf einem hohen Niveau stabilisiert. Monatlich unterstützen wir rund 400 NS-Überlebende,

davon 200 durch feste Patenschaften. Insgesamt leistete das Hilfsnetzwerk in den letzten drei Jahren wie folgt Hilfe:

- 7.083 humanitäre Hilfen für NS-Überlebende (Soforthilfen, Lebensmittel, Medikamente, Notlampen u. a.)
- 200 monatliche Patenschaften für NS-Überlebende
- 1.024 finanzielle Soforthilfen für Angehörige von NS-Überlebenden sowie Kolleg:innen in Gedenkstätten, Museen und NS-Opferverbänden vor Ort.

Schwieriger stellt sich die Finanzierung der Koordination des Hilfsnetzwerks dar. Die jährlichen Kosten für die Koordinierung und Verwaltung des Hilfsnetzwerks betragen knapp 90.000 Euro. Sie wurden bisher durch die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ), Beiträgen von Mitgliedseinrichtungen und eine weitere Stiftung getragen. Daneben stehen jährliche Spendeneingänge in Höhe von insgesamt über 300.000 Euro pro Jahr, die vollständig an unsere Zielgruppen in die Ukraine weitergeleitet wurden. Über die Förderung, besonders durch die Stiftung EVZ, sind wir sehr dankbar. Leider haben wir von der Stiftung keine Zusage für die Weiterförderung erhalten. Damit stehen wir trotz aller Erfolge aktuell vor großen Herausforderungen bezüglich der Finanzierung unserer Struktur.

Für das Hilfsnetzwerk bedeutet dies, dass unserer Arbeit auf ein Minimum reduziert werden muss. Gerade die schnelle und unkomplizierte Soforthilfe – auch in Einzelfällen – war das besondere Kennzeichen unserer Arbeit. Dies ist jetzt nur noch in einem kleinen Umfang möglich.

Wir sind nun gezwungen, die Arbeit mit einem deutlich reduzierten Budget, getragen durch die Förderung einer Stiftung und die freiwilligen Mitgliedsbeiträge der im Netzwerk vertretenen Einrichtungen, fortzuführen. Konkret heißt dies, dass kaum noch Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit vorhanden sind und

humanitäre Hilfe fast nur noch im Rahmen des Patenschaftsprogramms für etwa 200 Überlebende monatlich geleistet werden kann. Durch den Wegfall der kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit fürchten wir, dass auch die Spendeneingänge zurückgehen werden. Das ist eine bittere Zäsur für uns und unsere Partner:innen in der Ukraine – hatten sich doch gerade regelmäßige Hilfsmaßnahmen etabliert, die ihnen und den Überlebenden ein Stück Sicherheit gaben.

Die Unterstützung durch das Hilfsnetzwerk hat für unsere Zielgruppe eine elementare Bedeutung für das alltägliche Überleben in Zeiten des Krieges erlangt. Die NS-Überlebenden drücken häufig ihre Dankbarkeit dafür aus, dass sie sich nicht allein gelassen und vergessen fühlen und heben hervor, dass ihnen diese Aufmerksamkeit neben der materiellen Hilfe sehr viel bedeutet. Auch für viele Spender:innen ist das Engagement mehr als nur eine Geldspende – es ist eine Form, historische Verantwortung ganz konkret zu übernehmen.

Der Krieg dauert an, die NS-Überlebenden werden immer älter und Tag für Tag weniger. Umso größer ist unsere Verantwortung, diese letzte Möglichkeit der aktiven Unterstützung und des solidarischen Handelns nicht ungenutzt verstreichen zu lassen.

— www.hilfsnetzwerk-nsverfolgte.de

Helfen Sie uns und unterstützen Sie NS-Überlebende in der Ukraine mit einer Spende!

Spendenkonto bei der Berliner Volksbank:

Empfänger: Kontakte-Kontakty

IBAN: DE59 1009 0000 2888 9620 02

BIC: BEVODEBB

Stichwort: Rundbrief Hilfsnetzwerk

Andreas Froese

80 Jahre nach der Befreiung des KZ Mittelbau-Dora

Neue Informations- und Vermittlungsangebote

Mehrere Hundert Menschen nahmen im April 2025 an den Gedenk- und Informationsveranstaltungen zum 80. Jahrestag der Befreiung des KZ Mittelbau-Dora teil. Der thematische Schwerpunkt widmete sich dem Kriegsende und der Befreiung der Überlebenden vor 80 Jahren, damit verbunden auch dem biografischen Blick auf diejenigen Häftlinge, die noch kurz vor der Befreiung oder auch noch danach an den Folgen ihrer zumeist jahrelangen KZ-Haft verstorben waren.

Zu den Ehrengästen zählte der inzwischen 100-jährige Albrecht Weinberg, der neben dem KZ Mittelbau-Dora auch die Konzentrationslager Auschwitz und Bergen-Belsen sowie mehrere Räumungstransporte und Todesmärsche überlebt hatte.¹ Außerdem waren zahlreiche Familienangehörige von Überlebenden und Ermordeten des KZ Mittelbau-Dora sowie einige Nachkommen der US-amerikanischen Soldaten vom April 1945 angereist, die Nordhausen im April 1945 erreicht und das KZ Mittelbau-Dora befreit haben. Viele der nächsten Generationen nutzten den 80. Jahrestag für einen erstmaligen Besuch des historischen Ortes, an den ihre

Vorfahren deportiert worden waren: einen Ort, den sie bislang häufig nur aus familieninternen Überlieferungen – aus Erzählungen oder Fotografien – kannten.

Wie auch nach dem Abschied von der Zeitzeugenschaft der sogenannten »Erlebnisgeneration« weiterhin biografische Zugänge zur Geschichte vermittelt und die Tatorte nationalsozialistischer Verbrechen in der historisch-politischen Bildungsarbeit präsentiert werden können, ist bereits seit vielen Jahren ein Thema, dem sich die Mitarbeitenden der Gedenkstätten aufmerksam widmen. Der Jahrestag bot Anlass, um dem vor Ort und dem digital teilnehmenden Publikum zwei neue Informations- und Vermittlungsangebote zur Geschichte des KZ Mittelbau-Dora vorzustellen: ein neugestaltetes didaktisches Informationssystem für die historische Stollenanlage und ein digitales Gedenkbuch, das sich den Häftlingen des KZ-Komplexes Mittelbau widmet, die im April 1945 auf Räumungstransporten und Todesmärschen in die Altmark getrieben und beim Massaker von Gardelegen ermordet wurden.



Blick auf Elemente des neuen Erschließungssystems am Zugang zur Stollenanlage der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

© GfG / Gruppe für Gestaltung,
Michel Iffländer

Ein neues Erschließungssystem für die historische Stollenanlage

Die historische Stollenanlage im Kohnstein, einem Berg wenige Kilometer nordwestlich von Nordhausen, gehört zu den wichtigsten Zeugnissen für die mörderische Zwangsarbeit, die KZ-Häftlinge für die NS-Rüstungswirtschaft leisten mussten. Ab Mitte der 1930er-Jahre als ein unterirdisches Tanklager gebaut, wurde die Anlage ab August 1943 von KZ-Häftlingen in mörderischer Zwangsarbeit zu einer Produktionsstätte für die Montage der sogenannten V-Waffen ausgebaut. Als Tatort steht sie exemplarisch für die fortgesetzte Radikalisierung der nationalsozialistischen Kriegsführung und für seine realitätsfernen Untertageverlagerungs-

projekte in der letzten Kriegsphase.² Einige der Querkammern dienten als »Schlafstollen«, in denen mehrere Tausend Häftlinge über Monate hinweg eingepfercht blieben. Heute stehen die insgesamt mehr als 18 Kilometer langen Stollen unter Denkmalschutz. Mit ihrer Geschichte verbindet sich ein Blick auf die europäische Dimension der KZ-Zwangsarbeit: Rund 95 Prozent der Häftlinge, die zwischen August 1943 und April 1945 ins KZ Mittelbau-Dora deportiert worden waren, waren nach Deutschland verschleppte Menschen aus vielen von Deutschland besetzten Ländern: insbesondere Menschen aus Polen, der Sowjetunion und Frankreich.

Ein Teil der Stollenanlage auf der Südseite des Kohnsteins ist für das Besuchspublikum der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora im Rahmen begleiteter Informations- und Bildungsangebote zugänglich. Da die originalen Zugänge in den Jahren 1947/48 gemäß den Potsdamer Vereinbarungen zur Demilitarisierung Deutschlands zugesprengt wurden und die Anlage seitdem nicht mehr betretbar war, wurde zum 50. Jahrestag der Befreiung des KZ Mittelbau-Dora im April 1995 ein eigens für die Besucher:innen

Teil des neuen Erschließungs-
systems: ein Modell der
historischen Stollenanlage
im Kohnstein

Blick auf Elemente des neuen
Erschließungssystems in der
Stollenanlage der KZ-Gedenk-
stätte Mittelbau-Dora.

© GfG / Gruppe für Gestaltung,
Michel Iffländer

der Gedenkstätte errichteter neuer Zugangsstollen feierlich eingeweiht. Er ermöglicht es dem Publikum, wenige Hundert Meter der historischen Stollenanlage über eine Wandelgalerie zu betreten und sicher zu besichtigen. Dabei war der Zustand, wie er bei der Wiederöffnung des Stollens vorgefunden wurde, so wenig wie möglich verändert worden: In den ehemaligen Montagekammern liegen immer noch zerstörte Werkseinrichtungen, Reste aus der Produktion und heruntergefallene Gesteinsbrocken durcheinander.

Vier Jahre später, im Frühjahr 1999, folgte eine kleine Dauerausstellung im begehbaren Teil der Anlage. Mehrere Wandtafeln aus feuchtheitsrobustem Stahl präsentierten Texte, Zitate und zwei Zeichnungen ehemaliger Häftlinge, die den KZ-Alltag im historischen Stollen thematisierten. Zudem wurden als dreidimensionale Objekte zwei Bauteile einer V2-Rakete ausgestellt, die jedoch nicht durch Objekttexte kommentiert waren. Ebenso zeigte ein dreidimensionales Röhrenmodell an einer Aufhängung im Raum die Form der gesamten Stollenanlage inkl. der nicht zugänglichen Abschnitte und Querkammern. Problematisch an dieser mehr als 20 Jahre lang präsentierten Ausstellung war neben ihrer langen Textlastigkeit zum einen ihre Lage: Die Tafeln und Objekte befanden sich nur an einem Ort in der Stollenanlage, erstreckten sich jedoch nicht über den gesamten zugänglichen Bereich. Damit verfehlten sie die Zielsetzung, die Stollenanlage als historischen Ort im Rahmen der begleiteten Bildungsangebote zugänglich zu machen. Zum anderen

widersprach die Form dieser Präsentation, die auf eine »stille Betrachtung« der Wandtafeln und Objekte setzte, den Formaten der tatsächlich dialogischen Bildungsarbeit vor Ort: Da die Stollenanlage nur im Rahmen begleiteter Gruppen betreten werden kann, konnten sich die Besucher:innen die Inhalte dieser Ausstellung oftmals nur noch nach dem Ende der Bildungsformate im Stollen kurz individuell ansehen, nicht jedoch als dialogunterstützende Elemente.

An dieser Schwachstelle setzte das neue didaktische Informationssystem an, dessen Umsetzung als Projekt durch die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien und den Freistaat Thüringen zwischen 2021 und 2024 gefördert wurde. An ausgewählten Standorten außen im Eingangsbereich sowie im Inneren des begehbaren Teils der Stollenanlage wurden mehrsprachige Stelen, sogenannte Ankerpunkte, errichtet. Sie benennen diese Orte in kurzen, knappen Worten und vermitteln dem Besuchspublikum eine grobe räumliche und thematische Orientierung. Hinzu kommen als sogenannte Schlaglichter robuste Kacheln und Aufsteller, die als Trägerelemente Inhalte und Zeichnungen an ausgewählten Orten in der Stollenanlage zeigen, mit denen sie in thematischer Beziehung stehen. Sie verstehen sich nicht als Ausstellungselemente, sondern bilden ein unterstützendes Informations- und Erschließungssystem zur räumlichen Veranschaulichung von Text- oder Bildquellenbezügen, das für den Dialog mit Besucher:innen im Rahmen der begleiteten Vermittlungsarbeit konzipiert wurde.³



Um die Stollenanlage als zentrales Großexponat der Gedenkstätte nicht zu überformen, wählte die Bürogemeinschaft GfG/Gruppe für Gestaltung GmbH und oblik identity design GbR in ihrem Entwurf eine dezent wahrnehmbare Form- und Gestaltungssprache. Das neue System beschränkt sich insgesamt auf wenige, nach didaktischen Fragestellungen und im Einklang mit dem Ablauf von Bildungsformaten gezielt ausgewählte Präsentationsorte im gesamten begehbaren Bereich der Anlage. Die Einbauten ermöglichen dem Publikum eine thematische und topografische Orientierung und sind zugleich robust genug gebaut, um den raumklimatischen Bedingungen unter Tage – den ganzjährig kühlen Temperaturen und der hohen Luftfeuchtigkeit – standzuhalten. Weiterhin bettet die didaktische Konzeption den Besuch der Stollenanlage in das Gesamtkonzept für die Bildungsarbeit in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora ein, um auf ihre Bedeutung im Kontext der europäischen sowie der lokalen Dimension der KZ-Zwangsarbeit hinzuweisen und den bisweilen immer noch verbreiteten technischen Mythen rund um die Untertageverlagerung sowie insbesondere zu Rüstungsgütern entgegenzuwirken.

Öffentlich vorgestellt wurde die didaktisch neu erschlossene Stollenanlage bereits zum 79. Jahrestag der Befreiung des KZ Mittelbau-Dora im April 2024. Der gestalterischen und baulichen Vervollendung des Projekts schloss sich seitdem eine einjährige Nutzungsphase in der praktischen Vermittlungsarbeit an: Die gesammelten Erfahrungen in der Praxis mit Schulklassen und Erwachsenengruppen fallen sehr positiv aus. Und auch die zum 80. Jahrestag angereisten Familienangehörigen ehemaliger KZ-Häftlinge nahmen das neugestaltete Erschließungssystem erfreut und dankbar an.

Vom Harz in die Altmark: ein digitales Gedenkbuch zu den Räumungstransporten und Todesmärschen bis zum Massaker von Gardelegen

Thematischer Schwerpunkt des 80. Jahrestages der Befreiung des KZ Mittelbau-Dora war der Blick auf die Situation der Befreiung: auf das Handeln der alliierten Befreier, der befreiten KZ-Häftlinge und der lokalen Zivilbevölkerung. Zugleich galt das Gedenken auch den zahlreichen Häftlingen des KZ-Komplexes Mittelbau, die kurz vor dem Eintreffen der US-amerikanischen Truppen auf mörderische Räumungstransporte und Todesmärsche getrieben und bei Endphaseverbrechen ermordet wurden. Denn die meisten Häftlinge des KZ-Komplexes Mittelbau erlebten ihre Befreiung – wenn überhaupt – an anderen Orten. Insgesamt mehrere



Das physische Gedenkbuch auf dem Ehrenfriedhof in der Gedenkstätte Gardelegen, errichtet im April 2011

Tausend Häftlinge wurden auf unterschiedlichen Wegen vom Harz bis in die Altmark verschleppt. Allein mehr als 1.000 von ihnen wurden beim Massaker in der Isenschnibbe Gardelegen ermordet, mehrere Hundert weitere Häftlinge entlang der Todesmarschwege und in den Dörfern der Umgebung.⁴

Ihnen und auch den rund 400 Häftlingen aus dem Neuengammer KZ-Außenlager Hannover-Stöcken, die ebenfalls in die Altmark und nach Gardelegen getrieben wurden, widmet sich ein neues digitales Gedenkbuch, das die Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen in Kooperation mit den KZ-Gedenkstätten Mittelbau-Dora und Neuengamme in Vorbereitung auf den 80. Jahrestag erarbeitete und nun im April 2025 als Webseite freischaltete.⁵ Als weltweit

einsehbarer Internet-Datenbank enthält es 268 bekannte Namen und Biografien der insgesamt 1.023 auf dem Ehrenfriedhof in der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen beigesetzten KZ-Häftlinge. Die Recherche ist nach mehreren Suchkriterien möglich: Neben einzelnen Personen und Namen erlaubt die Webseite auch gruppenbezogene Suchanfragen, etwa nach Herkunftsorten und -ländern, Altersgruppen, Berufen und Haftorten.

Das neue digitale Gedenkbuch ergänzt das erste vor Ort auf dem Ehrenfriedhof physisch aus Metall errichtete Gedenkbuch, das die Hansestadt Gardelegen und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge dort als tabellarisches Nachschlagewerk im April 2011 errichtet hatten. Ein QR-Code am physischen Gedenkbuch auf dem Ehrenfriedhof und eine zusätzliche Medienstation in der Dauerausstellung im Dokumentationszentrum der Gedenkstätte verbinden das neue digitale Informationsangebot mit den bisherigen physischen Informations- und Erinnerungsorten. Neu geschaffen wird nun die Möglichkeit, auf dem Gelände des Ehrenfriedhofes konkret nach bestimmten Grablagen zu suchen: Teil der Online-Erweiterung des Gedenkbuches ist ein fortlaufend aktualisierter Grabbelegungsplan, der einen öffentlichen Gesamtüberblick zu den namentlich ermittelten Grablagen sowie zu den Einzelgräbern für unbekannte KZ-Häftlinge bietet.

Die digitale Erweiterung basiert nun auf einem aktualisierten biografischen Forschungsstand. Zudem ist sie grafisch gestaltet und animiert: Namen und biografische Informationen zu einzelnen Personen werden mit Text- und Bildquellen verknüpft, Deportationswege auf Übersichtskarten veranschaulicht, Verhältnisse zwischen verschiedenen Alters- oder Herkunftsgruppen in Diagrammen abgebildet.⁶ Außerdem enthält das digitale Gedenkbuch nicht nur Informationen zu Ermordeten, sondern auch zu Überlebenden: Ausgewählte Biografien, die besonders anschaulich und quellendicht überliefert sind, werden exemplarisch vorgestellt.

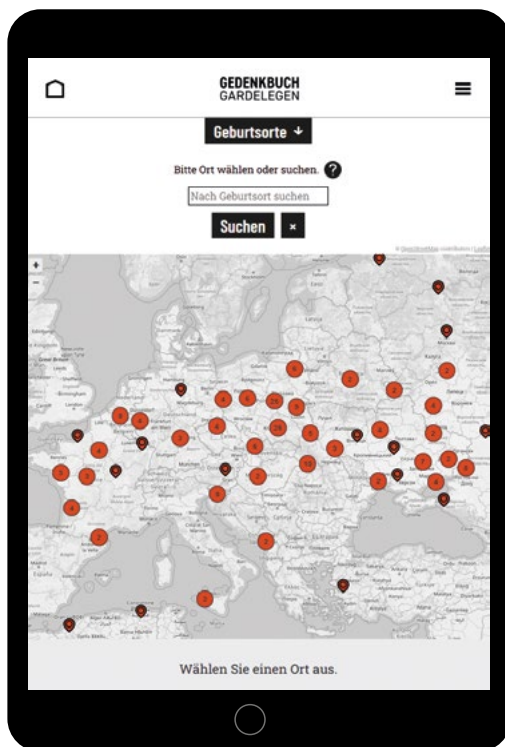




Screenshot einer Informationsseite im neuen Gedenkbuch zu Władysław Śliwiński aus Polen, einem in Gardelegen ermordeten Häftling des KZ Mittelbau-Dora

Screenshot einer grafischen Übersicht im Gedenkbuch zu Geburtsorten von Häftlingen der KZ-Komplexe Mittelbau und Neuengamme, die in Gardelegen ermordet wurden.

© Grafik: KOCMOC Exhibitions/
Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe
Gardelegen



Eine zentrale Aufgabe bleibt die fortlaufende Pflege und Aktualisierung des neuen digitalen Gedenkbuches. Sie erfolgt fachlich professionell direkt vor Ort in der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen. Zugleich ist sie partizipativ angelegt: Die interessierte Öffentlichkeit wird auf der neuen Webseite um sachdienliche Unterstützung und Mitteilung ergänzender biografischer Informationen an die Gedenkstätte gebeten, die dann in die Datenbank eingepflegt werden. Insgesamt bleibt zu wünschen, dass dieses neue Informations- und Rechercheangebot viele Interessierte bei ihren Forschungen und bei der biografiebezogenen Vermittlungsarbeit unterstützt und insbesondere Familienangehörigen ehemaliger KZ-Häftlinge die Suche nach Informationen zu ihren oftmals bis heute Vermissten erleichtert.

Andreas Froese ist Historiker und Leiter der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora. Zuvor war er Leiter der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen.

- 1 Nähere biografische Informationen zu Albrecht Weinbergs Deportation ins KZ Mittelbau-Dora liefert seine Biografie: Albrecht Weinberg/Nicolas Büchse: *»Damit die Erinnerung nicht verblasst wie die Nummer auf meinem Arm«*, München 2024.
- 2 Grundlegende Informationen zur Stollenanlage im Kontext der Geschichte des KZ Mittelbau-Dora gibt Jens-Christian Wagner. *Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora*, aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Göttingen 2015.
- 3 Zur näheren Konzeption des didaktischen Erschließungssystems vgl. Anett Dremel/Karsten Uhl: *Neue Einblicke in die »Hölle von Dora«*. *Die Neugestaltung der didaktischen Erschließung der Stollenanlage*, in Reflexionen. Jahresmagazin der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Jg. 2023, online: www.stiftung-gedenkstaetten.de/reflexionen/reflexionen-2023/neue-blicke-auf-die-hoelle-von-dora (Stand vom 28. Mai 2025).
- 4 Im Überblick zu den Todesmärschen nach Gardelegen: Diana Gring: *Die Todesmärsche und das Massaker von Gardelegen. NS-Verbrechen in der Endphase des Zweiten Weltkriegs*, Gardelegen 1993; Joachim Neander: *Gardelegen 1945. Das Ende der Häftlingstransporte aus dem KZ Mittelbau*, Magdeburg/Gardelegen 1998; Daniel Blatman: *Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords*, Reinbek bei Hamburg 2011; Martin Clemens Winter: *Gewalt und Erinnerung im ländlichen Raum. Die deutsche Bevölkerung und die Todesmärsche*, Berlin 2018; Lukkas Busche/Andreas Froese (Hg.): *Gardelegen 1945. Das Massaker und seine Nachwirkungen*, Gardelegen/Leipzig/Magdeburg 2022.
- 5 Webseite des neuen Gedenkbuches: www.gedenkbuch-gardelegen.de/de (Stand vom 28. Mai 2025). Überblicke zu den Verläufen der Transport- und Todesmarschwege geben für den KZ-Komplex Neuengamme: Katharina Hertz-Eichenrode: *Ein KZ wird geräumt. Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung. Die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945*, Bremen 2000; für den KZ-Komplex Mittelbau: Regine Heubaum/Jens-Christian Wagner (Hg.): *Zwischen Harz und Heide. Todesmärsche und Räumungstransporte im April 1945*. Begleitband zur Wanderausstellung, Göttingen 2015.
- 6 Die Gestaltungsagentur KOCMOC Exhibitions lehnte die Gestaltung des neuen digitalen Gedenkbuches eng an diejenige der Dauerausstellung »Gardelegen 1945. Das Massaker und seine Nachwirkungen« im Dokumentationszentrum der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen an. Nähere Erläuterungen zur projektbezogenen Gestaltungsidee »Weg der Gewalt« finden sich auf ihrer Homepage: www.kocmoc-exhibitions.de/projekt/gedenkstaette-feldscheune-isenschnibbe-gardelegen/ (Stand vom 28. Mai 2025).

Petra Haustein · Susanne Freund
unter Mitarbeit von Felicitas Berte · Anna Lokteva ·
Leonie Peuker · Natalie Reum · Jannine Schramm

»Gedenkstätten heute. Eine gesellschafts- politische Standort- bestimmung«

Werkstattbericht

Ein Projekt des Fachbereichs Informations-
wissenschaften der Fachhochschule Potsdam in
Kooperation mit dem Netzwerk Zeitgeschichte



»In einer vielfach im Umbruch befindlichen [...] Erinnerungskultur stellt sich heute auch die Frage, ob die Gedenkstättenarbeit einer Neuorientierung bedarf. Ist das Selbstverständnis noch auf der Höhe der Zeit? Oder gar: Wozu und wie lange brauchen wir diese Bildungseinrichtungen noch?«¹

Diesen Impuls setzte Harald Schmid im Rahmen einer Gedenkstättenkonferenz vor rund zehn Jahren. In Anlehnung an Wolfgang Benz sah er die einst ablehnende Haltung der bundesrepublikanischen Mehrheitsgesellschaft zur (selbst)kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als Ausgangspunkt der »Gedenkstättenbewegung« – ihre frühere »kritische Funktion« sei jedoch in einer zunehmend »konsensualen Erinnerungskultur« aufgelöst.²

Unser Projekt hat daran angelehnte Fragen zum Ausgangspunkt genommen: Wie werden diese Einschätzung und die Entwicklungen von Gedenkstättenarbeit, ihre gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen durch Gedenkstättenexpert:innen gegenwärtig beurteilt? Welche Spannungen bestehen zwischen öffentlicher Förderung und inhaltlicher Unabhängigkeit? Vor welchen Herausforderungen steht eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus heute? Wie tief ist ein kritisches Geschichtsbewusstsein in der Gesellschaft eigentlich verankert und verinnerlicht? Wie können Gedenkstätten auf antidemokratische Positionen und rechtsextreme Ideologien in der Gesellschaft reagieren?

Projektdesign

Angesichts der gesamtgesellschaftlichen Umbruchsituation durch die Hinwendung von Teilen der Bevölkerung ins rechtsextreme Spektrum stehen Gedenkstätten aktuell unter einem besonderen öffentlichen Erwartungsdruck. Einerseits werden von Politik und Gesellschaft hohe Erwartungen an ihre Funktion in der historisch-politischen Bildung, vor allem in den Bereichen Demokratieerziehung, Integrationsförderung und Antisemitismusprävention, gesetzt. Andererseits sorgen die zunehmende Akzeptanz und Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts und die Unterstützung autoritärer Parteien für eine zunehmende Gefährdung und Infragestellung ihrer Arbeit.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur Aufgabe, sondern geradezu Pflicht der Hochschulen, im offenen Diskurs mit Studierenden diesen Fragen nachzugehen. Studienangebote wie das im Sommersemester 2024 initiierte Projekt »Gedenkstätten heute – eine gesellschaftspolitische Standortbestimmung« des Fachbereichs Informationswissenschaften der Fachhochschule Potsdam tragen dazu bei zu eruieren, wie politisch Gedenkstättenarbeit heute eigentlich ist bzw. sein sollte und welche Grenzen beim Brückenschlag von Historie zur Gegenwart möglicherweise gewahrt werden müssten.

Das Seminarprojekt wurde im Sommersemester 2024 am Fachbereich Informationswissenschaften in Kooperation mit dem Netzwerk Zeitgeschichte durchgeführt. Sein Ziel bestand darin, das komplexe Thema der Gedenkstättenarbeit im Hinblick auf die Wirkungsmacht historisch-politischer Bildung zu beleuchten. Fünf Studentinnen im 7. Semester des Fachbereichs Informationswissenschaften, Felicitas Bertel (Studiengang Bibliothekswissenschaft), Anna Lektova (Studiengang Informations- und Datenmanagement), Leonie Peuker, Natalie Reum und Jannine Schramm (Studiengang Archiv) befassten sich von April bis November 2024 intensiv mit der gesellschaftspolitischen Rolle und Bedeutung von

Netzwerk Zeitgeschichte

Wir verbinden Gedenkstätten, Forschung und Zivilgesellschaft.

Debatte Brandenburg: Lager in der Nachbarschaft. Der neue Audioguide im Geschichtspark Falkensee 	Kolloquium zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert an der Humboldt-Universität zu Berlin 	Kolja Buchmeier: NS-Zwangslager und die brandenburgische Zivilbevölkerung 	Montagsdebatte „Macht und Erinnerung“ 
Geschichte hat Zukunft – Neuendorf im Sande e.V. 	Grenadierstraße. Zur Geschichte einer Berliner Straße 1919-1945 	Lagerland. Archäologie der Zwangslager des 20. Jahrhunderts in Brandenburg 	Gedenkstätten heute. Eine gesellschaftspolitische Standortbestimmung 
Zwangsarbeit bei den ARADO-Flugzeugwerken – ein interaktiver Rundgang 	Thomas-Peter Gallon: Die getöteten Italiener von Treuenbrietzen 	Forschungskolloquium zum Nationalsozialismus und zum Rassismus 	Mareike Otters: Visuelle Ordnungen des Eigenen und des Anderen 

Website der Initiative Netzwerk Zeitgeschichte

© Petra Hausteijn

Gedenkstätten im bundesweiten Überblick sowie den Herausforderungen und Grenzen ihrer pädagogischen Arbeit. Dafür eigneten sich die Studentinnen unter Anleitung die Methodik der Interviewführung und Fragebogenerstellung an und stimmten einen individuellen Interviewleitfaden und Fragebogen mit den Projektverantwortlichen ab.

Das Projekt umfasste mehrere Schritte. Ausgehend von der gesellschaftspolitischen Bedeutung von Gedenkstätten in der »alten« Bundesrepublik und der DDR sowie nach der deutsch-deutschen Vereinigung wurde zunächst anhand einschlägiger Literatur der Grundstein für die Entwicklung eigener Fragestellungen und die Recherche gelegt. Mit dem analytischen Ziel einer Standortbestimmung aktueller Gedenkstättenarbeit stand die Recherche der Studentinnen mittels Expert:inneninterviews³ sowie einer Befragung ausgewählter Gedenkstätten im Mittelpunkt.

Die insgesamt neun teilweise in Unterpunkte differenzierten Fragen bezogen sich u. a. auf das besondere Potenzial von Gedenkstätten im

Unterschied zu anderen Bildungseinrichtungen, den Umgang mit politischen Erwartungshaltungen im Bereich der Demokratiestärkung und den Kampf gegen Rechtsextremismus. Nicht zuletzt richtete sich das Interesse auf Möglichkeiten der Einbeziehung einer interessierten Öffentlichkeit in die Gedenkstättenarbeit sowie auf gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in Hinblick auf unsere Einwanderungsgesellschaft.

Ihre Interviewpartner:innen fanden die Studentinnen in der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und in der Gedenkstätte Opfer der Euthanasie-Morde. Des Weiteren erhielten sie instruktive Führungen in beiden Einrichtungen und führten Hintergrundgespräche mit der Historikerin und Publizistin Anette Leo sowie der Leiterin des Zentrums zur Geschichte Kiels im 20. Jahrhundert Sabine Moller als Wissenschaftlerin, die sich intensiv mit familiären Tradierungen in Ost- und Westdeutschland auseinandergesetzt hat. Mit Versendungen des Fragebogens an die Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau Dora, die Mahn- und Gedenk-

stätte Ravensbrück, die Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße sowie die KZ-Gedenkstätte Dachau, die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg und die Gedenkstätte Bergen-Belsen wurden mehrere Gedenkstätten einbezogen. Der Adressatenkreis wurde bewusst sowohl in ost- als auch in westdeutschen Bundesländern gewählt, da die Studentinnen eine Engführung auf den ostdeutschen brandenburgischen Kontext vermeiden wollten. Rückmeldungen mit detaillierten Antworten erfolgten mit einer Ausnahme von allen angeschriebenen Einrichtungen. Mit dieser Gedenkstätte wurde anstelle des Fragebogens ein Gespräch geführt.

Die Lehrveranstaltung baute auf den Aktivitäten des Netzwerks Zeitgeschichte⁴ auf, das sich als Scharnierstelle zwischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik versteht und Gedenkstättenarbeit in Brandenburg fördert. Das Projekt kam aufgrund einer vergangenen Kooperation der Seminarleiterinnen im Kontext gewerkschaftlicher politischer Bildung zustande und des Impulses, die brandenburgische Hoch- und Fachhochschullandschaft über die Zusammenarbeit mit der Humboldt-Universität zu Berlin als Bündnispartner des Projekts verstärkt in die Netzwerkarbeit einzubeziehen.

Im Laufe des Projekts erörterten die Studentinnen zentrale Themen und Debatten aus der Geschichte und Arbeit von Gedenkstätten und verknüpften sie mit Impulsen aus Gesprächen und Umfragen, um eine aktuelle Standortbestimmung vorzunehmen. Im Folgenden werden zentrale Diskussions- und Forschungsschwerpunkte zusammengefasst.

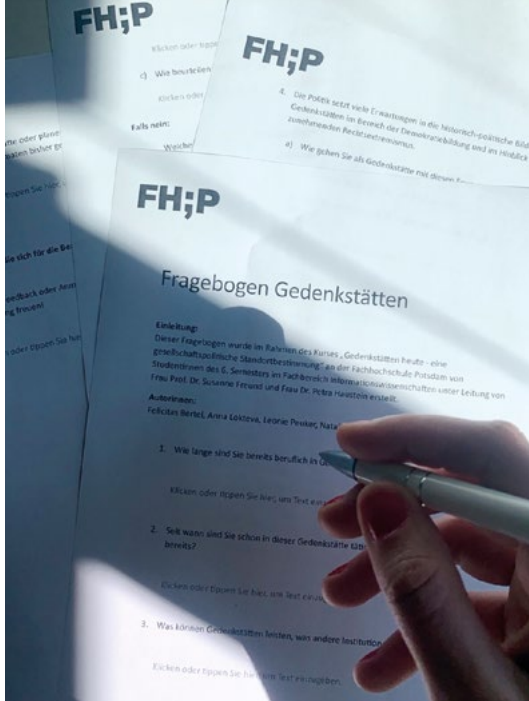
Forschungsschwerpunkt: Über das besondere Potenzial historischer Orte

Im Rahmen unseres Projekts widmeten wir uns der Frage, welches besondere Potenzial historischen Orten im Kontext der Gedenkstättenarbeit zukommt. Im Zentrum standen dabei die Erwartungen, die gesellschaftlich wie politisch

an diese Orte herangetragen werden, ebenso wie die Anforderungen, die sich aus ihrer Nutzung für historisch-politische Bildungsarbeit ergeben. Für den Fachbereich Informationswissenschaften war darüber hinaus besonders relevant, wie sich authentische Orte im Verhältnis zur klassischen Archivarbeit verorten lassen: Welche Art von Quellen stellen sie dar? In welcher Weise ermöglichen sie Zugänge, die über Schriftstücke oder Bilder hinausgehen?

Die vermeintliche Gewissheit, was an historischen Orten – im Unterschied etwa zum Klassenzimmer oder Museumsbesuch – erfahren und gelernt werden könne, wurde in den Gesprächen mit Expert:innen als gängige Annahme insbesondere auf politischer Seite beschrieben. Deutlich wurde in mehreren Interviews, dass angesichts zunehmender Demokratieverdrossenheit sowie der steigenden Popularität von rechten Parteien, von Rassismus und Antisemitismus, der Ruf nach obligatorischen Gedenkstättenbesuchen reflexhaft laut werde. Das besondere Potenzial solcher Besuche wurde von den Gesprächspartner:innen dabei keineswegs infrage gestellt – im Gegenteil: Es bestand Einigkeit darüber, dass diese Orte in besonderem Maße Zeugnis über historisches Geschehen ablegen können. Zugleich betonten viele der Interviewten, wie wichtig ein differenzierter Blick auf Möglichkeiten und Grenzen dieses Potenzials sei. So könne zwar an ehemaligen Gefängnissen, Lagern, Tötungsorten oder Verwaltungsgebäuden Geschichte in einer Weise greifbar werden, die im Schulunterricht nur schwer vermittelbar sei – jedoch bedürfe es einer Kontextualisierung. In den Gesprächen wurde in diesem Zusammenhang die Frage nach den »Umgebungsgesellschaften« als zunehmend relevant hervorgehoben – also nach dem Verhalten der lokalen Bevölkerung angesichts der unmittelbar vor Ort begangenen Verbrechen. Hier, so einige Interviewpartner:innen, lasse sich lokale und regionale mit der gesamten Historie von Diktatur verbinden.

Auch im Hinblick auf die Materialität der Orte wurde in den Gesprächen wiederholt ein



Fragebogen des Projekts »Gedenkstätten heute«

© Petra Hausteine

Forschungsschwerpunkt: Über den Umgang mit »mehrfacher Vergangenheit«

Im Verlauf ihrer Recherche interessierten sich die Studentinnen unter dem Eindruck des Interviews mit der Historikerin Annette Leo, Beraterin und Begleiterin der Entwicklungen der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten seit Anfang der 1990er-Jahre, besonders für den Umgang mit der komplexen Geschichte an Orten mit sogenannter mehrfacher Vergangenheit als nationalsozialistisches Konzentrationslager, sowjetisches Speziallager bzw. Zuchthaus in der DDR. Wir haben daraufhin diesen Themenkomplex unter dem Aspekt aufgegriffen, wie sich die bis heute anhaltenden Divergenzen zwischen Verfolgtenverbänden, aber auch zwischen Gedenkstättenexpert:innen mit jeweiliger Expertise für den Nationalsozialismus einerseits und für die Zeit der sowjetischen Besatzungszone und die DDR andererseits in der historisch-politischen Bildung im Sinne von Demokratiestärkung durch Dissens unter Umständen fruchtbar machen lassen.

Annette Leo berichtete uns im Mai 2024 als in der DDR sozialisierte Nachfahrin jüdischer, kommunistischer Widerstandskämpfer ausführlich über die staatliche Erinnerungskultur in der DDR und als langjähriges Mitglied der Fachkommission der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten über die Auseinandersetzung mit dem DDR-Erbe der Gedenkstätten nach 1990. Anfang Juni besuchten wir die Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und Anfang Juli 2024 die Gedenkstätte Opfer der Euthanasie-Morde und die Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg. Im Rahmen dieser Besuche erhielt unsere Gruppe Führungen, in denen es auch um die Frage nach dem Umgang mit Interessenskonflikten ging. In mehreren Interviews wurde deutlich, dass es – nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem »Abschied von den Zeitzeug:innen« – um die emotional geführten Debatten der 1990er Jahre ruhiger geworden ist, in denen intensiv darüber gestritten wurde, wie mit der komplexen Vergangenheit an Orten wie Sachsenhausen, Buchenwald, Mittelbau-Dora

besonderer Wert und ein weiteres Potenzial betont. Während Archivarbeit meist auf schriftliche und visuelle Quellen zurückgreift, bieten erhaltene historische Bauten – so die Einschätzung mehrerer Gesprächspartner:innen – »Spuren ganz anderer Art«. Das Wissen der Besuchenden, sich hier am Ort des historischen Geschehens zu befinden, werde zur Chance und Herausforderung zugleich, da aus Filmen, Büchern und anderen Quellen gespeiste Erwartungshaltungen mit tatsächlich (noch) Vorzufindendem kollidierten. So wurde beispielsweise angeführt, der in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern ununterbrochen herrschende Lärm, die Hektik und das Gefühl der Angst seien kaum vermittelbar. Die Studentinnen reflektierten auf dieser Grundlage, dass Bildungsangebote sich im Rahmen zwischen entweder anschlussfähigen oder zu widerlegenden Erfahrungen bewegten. Welche besonderen Möglichkeiten liegen beispielsweise in der Auseinandersetzung mit Exponaten? Mit welchen Erwartungshaltungen der Besuchenden lässt sich arbeiten? Welche bleiben unter Umständen sogar im Verborgenen und teilen sich – wenn überhaupt – nur indirekt mit? Bis zu welchem Grad ist es in einer Gedenkstättenführung möglich, mit dem zu brechen, was die Besucher:innen aus Filmen kennen? Woran genau kann angeknüpft werden und wie genau?

oder Jamlitz-Lieberose als Stätten nationalsozialistischer Konzentrationslager und sowjetischer Speziallager angemessen umzugehen sei.

Zugleich wurde im Laufe des Projekts erkennbar, dass sich heute neue bzw. mit neuer Intensität auftretende politische Spannungen zeigen, insbesondere durch Versuche der politischen Rechten, die Speziallager aus dem Kontext der Entnazifizierung zu lösen und für revisionistische Narrative zu instrumentalisieren. Wie also kann es gelingen, stalinistische Verbrechen als solche zu benennen, ohne zugleich in die Falle einer deutschen Exkulpation zu geraten? Diese Frage stand im Mittelpunkt vertiefter Auseinandersetzungen im Seminar.

In mehreren Interviews wurde deutlich, dass insbesondere in den Gedenkstätten Sachsenhausen und Buchenwald die »zweifache Ortsgeschichte« – also die Nutzung der Orte sowohl als nationalsozialistisches Konzentrationslager als auch als sowjetisches Speziallager – nicht nur im Gedenken getrennt, sondern auch in der Vermittlung weitgehend separiert behandelt wird. Begründet wird diese Trennung, wie Gesprächspartner:innen betonten, mit dem spezifischen Charakter des NS-Terrors, der durch rassistische Verfolgung und systematische Gewalt bis hin zu Folter und Mord geprägt war. Die Nachkriegslager hingegen werden überwiegend als Reaktion auf diese Verbrechen verstanden – als Teil der Entnazifizierungsmaßnahmen, wie sie auch in den westlichen Besatzungszonen stattfanden, etwa zur Internierung von Täter:innen und Parteimitgliedern. Der Unrechtscharakter der sowjetischen Lager werde dabei keineswegs relativiert, so wurde in den Gesprächen mehrfach betont. Gleichwohl überwog aus Sicht unserer Seminargruppe Zurückhaltung, um keinesfalls den Eindruck einer Exkulpation zu erwecken – insbesondere im Hinblick auf Überlebende der Konzentrationslager.

Vor diesem Hintergrund diskutierten die Studentinnen, ob sich das Spannungsverhältnis zwischen beiden Erinnerungsschichten in pädagogische Angebote integrieren ließe. So

überzeugend uns die Argumentation erscheint, die Geschichte der Konzentrationslager und die der sowjetischen Speziallager im Gedenken aufgrund der deutschen Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen getrennt zu behandeln, stellte sich uns dennoch die Frage nach bislang ungenutztem pädagogischem Potenzial. Gerade die Auseinandersetzung mit der »Häftlingsgesellschaft« der Speziallager eröffnet didaktisch relevante Fragen nach Schuld, Verantwortung, individueller Verstrickung und zugleich nach der Herausbildung des stalinistischen Herrschaftssystems – Fragen, die sich in dieser Form an anderen historischen Orten kaum stellen. Auch die in den Interviews mehrfach angesprochene Notwendigkeit, NS-Verbrechen als gesellschaftlich getragenes Unrecht zu thematisieren, erschien uns hier anschlussfähig. Insbesondere über Biografien von Personen, die im Nationalsozialismus geprägt wurden und später unter stalinistischer Verfolgung litten, ergeben sich komplexe, für die Gegenwart aufschlussreiche Fragestellungen: Wie haben sich »ganz normale« Menschen bei undemokratischen Entwicklungen, gesellschaftlichen Ausgrenzungen und angesichts beobachteter Gewalt verhalten? Wie unterschiedlich waren die Wege, die sie in stalinistische Haft führten? Wie ausgeprägt war der Wunsch nach einer freien Gesellschaft? Wie mächtig wirkten nationalsozialistische Moralvorstellungen nach? Im Rahmen des Seminars wurde diskutiert, dass sich die Frage, wie die im Nationalsozialismus verübten Verbrechen möglich wurden, weniger durch die Lebensgeschichten der Verfolgten allein beantworten lässt. Vielmehr, so die gemeinsame Überlegung, erlaubt die Auseinandersetzung mit Prägungen, Mentalitäten, Haltungen, Zielvorstellungen und dem Handeln der Mehrheitsgesellschaft eine Annäherung an diese grundlegende Problematik.

Forschungsschwerpunkt: Gesellschafts-politische Rolle(n) von Gedenkstätten

Im Verlauf des Projekts wurde deutlich, dass sich die Frage nach der gesellschaftspolitischen Funktion von Gedenkstätten heute mit neuer Dringlichkeit stellt. Vor dem Hintergrund wachsender geschichtspolitischer Auseinandersetzungen in Deutschland, Europa und darüber hinaus diskutierten wir im Seminar zentrale Erwartungen, die gegenwärtig an Gedenkstätten herangetragen werden – sei es als Orte der historisch-politischen Bildung, der Mahnung oder als »moralische Instanzen«. Die Gespräche mit Expert:innen zeigten, dass Gedenkstätten heute vor der Herausforderung stehen, ihr Selbstverständnis im Spannungsfeld von historischer Verantwortung, politischer Gegenwart und gesellschaftlicher Teilhabe fortlaufend zu überprüfen und neu auszutarieren.

Ein zentrales Ergebnis der Interviews war die Ablehnung einer instrumentellen Deutung von Gedenkstätten als Orte politischer Bildung. Vielmehr wurden sie von unseren Gesprächspartner:innen als Räume kritischer Auseinandersetzung, des Perspektivwechsels und der aktiven Beteiligung beschrieben. Neue Formen partizipativer Vermittlung, so wurde betont, können dazu beitragen, historisches Wissen breiter in der Gesellschaft zu verankern – insbesondere angesichts sich wandelnder Rezeptionsgewohnheiten und eines zunehmend heterogenen Publikums.

Die Frage, ob Gedenkstätten als »moralische Instanzen« zu begreifen seien, wurde hingegen durchgehend zurückhaltend beantwortet. Zwar wurde ihre besondere Eignung betont, auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen – etwa im Hinblick auf die Wiederkehr von Begriffen aus der NS-Sprache oder die Normalisierung rechtsextremer Positionen –, jedoch besteht Einigkeit darüber, dass ein Wandel von Einstellungen nicht durch punktuelle Bildungsangebote oder verpflichtende Besuche allein zu erreichen sei.

Vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen – insbesondere dem Erstarken

rechtsextremer Kräfte in mehreren ostdeutschen Landtagen und dem bundesweiten Bedeutungsgewinn der AfD – wurde im Seminar intensiv darüber diskutiert, welche realistischen Erwartungen an die Gedenkstättenarbeit überhaupt gestellt werden können. Wenngleich Rechtsextremismus von den konsultierten Expert:innen keineswegs als neues Phänomen beschrieben wurde, stellt der rasante Anstieg der Stimmen für die AfD doch eine aktuelle und besondere Herausforderung für die Gedenkstättenarbeit dar. Die langfristigen Auswirkungen ihres wachsenden Einflusses in den Parlamenten gelten als derzeit kaum absehbar – die Entwicklungen werden jedoch aufmerksam verfolgt und aktiv kommentiert.⁵ Im Seminar bestand breiter Konsens, dass Gedenkstätten rechtsextreme Entwicklungen nicht im Alleingang verhindern können, jedoch ein zentrales Element im gesamtgesellschaftlichen Einsatz für Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte darstellen.

Unsere Interviewpartner:innen berichteten übereinstimmend von überhöhten Forderungen seitens der politischen Öffentlichkeit. Zwar deckten sich manche dieser Erwartungen durchaus mit dem eigenen Selbstverständnis, zugleich wurde jedoch die Notwendigkeit betont, politischen Entscheidungsträger:innen die Grenzen gedenkstättenpädagogischer Arbeit deutlich zu machen – etwa die Tatsache, dass Polarisierung und Demokratieverdruss nicht durch einzelne Einrichtungen allein aufzuhalten sind. Mehrfach wurde auf die Gefahr hingewiesen, Gedenkstätten symbolisch zu überfrachten, ohne gleichzeitig die notwendigen finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen bereitzustellen.

Ein eindrückliches Beispiel für gelungene partizipative Ansätze bot der Besuch der Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie-Morde in Brandenburg. Hier wurde uns deutlich, wie durch die frühzeitige Einbindung von Bürger:innen, Stadtgesellschaft und Interessierten in Ausstellungsprozesse neue Wege der Teilhabe eröffnet werden können. Die Studentinnen zeigten sich besonders interessiert an

solchen Formaten, in denen historisches Lernen nicht allein von Institutionen ausgeht, sondern im Austausch mit der Öffentlichkeit entsteht. Auch Fragen von Inklusion und Barrierefreiheit – etwa in der Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg – wurden als zukunftsweisend identifiziert.

Im Seminar bestand Einigkeit darüber, dass die verbreitete Annahme, Gedenkstättenarbeit wirke per se präventiv gegenüber Antisemitismus und Rassismus, kritisch hinterfragt werden müsse. Statt »moralischer Selbstvergewisserung« sei vielmehr ein selbstreflexiver Zugang notwendig, der Gedenkstätten als Orte der Zumutung, Irritation und Diskursöffnung begreift. Auch die Frage nach der »kritischen Funktion« der Gedenkstätten – wie sie Harald Schmid vor über zehn Jahren formulierte – wurde im Lichte aktueller Herausforderungen als dringlicher denn je bewertet.

Ausblick

Die von Harald Schmid aufgeworfene Frage nach einer notwendigen Neuorientierung der Gedenkstättenarbeit stellte im Projekt nicht nur einen theoretischen Ausgangspunkt dar, sondern begleitete auch den gesamten Seminarprozess als leitende Fragestellung. Angesichts des Abschieds von den Zeitzeug:innen, einer sich wandelnden Erinnerungskultur in der Migrationsgesellschaft, neuer Vermittlungsformate sowie knapper Kassen wurde in den Diskussionen deutlich, dass Gedenkstätten heute nicht nur gebraucht werden – sondern vor neuen, erweiterten Aufgaben stehen.

Die Studentinnen hoben insbesondere hervor, dass die eigene forschende Auseinandersetzung – etwa im Rahmen der Interviewarbeit und der Auswertung der Fragebögen – einen Perspektivwechsel ermöglicht habe. Alle Beteiligten empfanden den direkten Kontakt mit Expert:innen, die selbst an der Schnittstelle von Wissenschaft, Gedenkstättenarbeit und Bildungsarbeit tätig sind, als bereichernd.

Im Unterschied zu schulischen Gedenkstättenbesuchen bot das Seminar die Möglichkeit,

»Bei der notwendigen Verteidigung unserer demokratischen Grundwerte und der kritischen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen sowie bei der Würdigung ihrer Opfer gibt es für die Gedenkstätten keine Neutralität. Wegschauen hilft nicht, denn die Zukunft unserer Demokratie betrifft uns alle.«

sich mit einer eigenständig entwickelten Forschungsfrage aktiv in einen wissenschaftlichen Diskurs einzubringen. Die Studentinnen erlebten auch die Auseinandersetzung mit Spannungsfeldern – etwa zwischen öffentlicher Erwartung und pädagogischen Grenzen, zwischen politischer Funktion und historischer Genauigkeit – als besonders lehrreich.

Insgesamt zeigte sich, dass Gedenkstättenarbeit in der Gegenwart weder abgeschlossen noch einheitlich konzipiert ist, sondern vielmehr als offener, diskursiver Prozess verstanden werden muss. Die in diesem Seminar gesammelten Erfahrungen bestätigen: Es braucht nicht nur politische und gesellschaftliche Unterstützung, sondern auch Räume wie diesen, in denen angehende Fachkräfte die Möglichkeit haben, sich differenziert und kritisch mit Fragen historisch-politischer Bildung auseinanderzusetzen.

Susanne Freund ist seit 1999 in unterschiedlichen Positionen an der Fachhochschule Potsdam beschäftigt und hat seit 2006 die Professur für Archivwissenschaft am Fachbereich Informationswissenschaften inne.

Petra Haustein war von 2008 bis 2022 Referentin für zeitgeschichtliche Erinnerungskultur im brandenburgischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur und ist seit 2022 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Netzwerk Zeitgeschichte. Gedenkstätten – Forschung – Zivilgesellschaft, das Kooperationen zwischen Forschung und Erinnerungsorten unterstützt.

www.netzwerk-zeitgeschichte.de

- 1 Harald Schmid: *Mehr Gegenwart in die Gedenkstätten! Erinnerungsorte in Zeiten des Memory-Drains und der Entpolitisierung*, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 177/2015, S. 11.
- 2 Schmid, ebd., S. 12.
- 3 Die Auswertung erfolgte in Anlehnung an Mayrings Inhaltsanalyse: Philipp Mayring: *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*, Weinheim 2008.
- 4 www.netzwerk-zeitgeschichte.de
- 5 Vgl. Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten vom 19. Februar 2025 zur Bundestagswahl 2025. »Mit Blick auf den politischen und gesellschaftlichen Rechtsruck werben die Leitungen der anteilig bundesgeförderten KZ-Gedenkstätten in Deutschland für sozialen Zusammenhalt und die Verteidigung einer kritischen Geschichtsbewusstseins«. (Gedenkstättenrundbrief Nr. 217/2025, S. 52).

Hannah Schönwald · Samuel Alves Gaspar da Silva

Bilder, Macht und Deutungskämpfe in Europa zwischen 1945, 1990 und 2025

Tagungsbericht des 22. Ost-West-Europäischen Gedenkstattentreffens in Kreisau/Krzymowa

Auf dem diesjährigen Gedenkstattentreffen vom 19. bis 22. März 2025 in Kreisau/Krzymowa mit dem Titel »Bilder, Macht und Deutungskämpfe in Europa zwischen 1945, 1990 und 2025« wurde über Ausstellungen, kuratorische Praxis, das Bildgedächtnis und den Einsatz von Fotografien in der Bildungsarbeit in Gedenkstätten, an Erinnerungsorten und in Archiven in Europa diskutiert.

Erinnerungskulturen sind stark von Deutungskämpfen geprägt. Gerade heute, 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, sind Fotografien, Denkmäler und Ausstellungen in Gedenkstätten mehr als sonst Projektionsflächen politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Fotografien prägen die Narrative des 20. Jahrhunderts maßgeblich, das gilt insbesondere für die Überlieferung des Holocaust und der NS-Verbrechen. Doch nicht nur die Dokumentation von NS-Gewalt ist mehr als lückenhaft. Auch stalinistische Gewalt und die Verbrechen der kommunistischen Sowjetunion sind selten überliefert. Im Fokus der diesjährigen Tagung stand die Frage, wie der Einsatz

und die Rezeption von Fotografien und Bildern die Erinnerung an historische Ereignisse in Ost- und Westeuropa beeinflussten. Wie wurden sie vor und nach 1990 in Gedenkstätten, Museen, Dokumentationszentren und Ausstellungen eingesetzt? Wie werden sie heute genutzt? Ziel war eine Standortbestimmung: Wie steht es um das historische Bildgedächtnis in Wechselwirkung mit diesen Zäsuren heute? Was änderte sich mit den Epochenbrüchen für den Einsatz von Bildern und damit verbundenen Narrativen, die sich um die Themenkomplexe Massenverbrechen, Lager, Besatzungsregime und Gesten der »Versöhnung« formiert haben? Was veränderte sich seit dem Visual Turn in den 2000er-Jahren für den Umgang mit Bildern in Gedenkstättenausstellungen, und welche Folgen hat die digitale Transformation, insbesondere der Einsatz von KI, für den Einsatz von Fotos und Bildern in der kuratorischen Praxis von Ausstellungen an Erinnerungsorten heute?



Die Tour durch Breslau führte an dem Denkmal für anti-sowjetische Partisanen vorbei.

Alle Fotos in diesem Artikel:
© Bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

Über das Ost-West-Europäische Gedenkstättenreffen

Das Ost-West-Europäische Gedenkstättenreffen in Kreisau/Krzyżowa ist ein Ort des internationalen Austauschs. Die Konferenz bringt seit nunmehr 22 Jahren Mitarbeiter von Gedenkstätten, Museen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus ganz Europa, aber auch Akteure und Multiplikatoren der historisch-politischen Bildungsarbeit und Wissenschaftler zusammen. In einer Atmosphäre des offenen Dialogs wird über nationale Grenzen hinweg diskutiert, debattiert und hinterfragt. Ziel ist es, einen Austauschraum zu schaffen, voneinander zu lernen, das eigene Handeln zu reflektieren und neue Perspektiven für eine gemeinsame euro-

päische Auseinandersetzung über Vergangenheit und Erinnerungskulturen in Europa zu entwickeln.

Kooperationspartner in diesem Jahr waren die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung, die Evangelische Akademie zu Berlin, das Geschichtszentrum Zajeźdźnia in Breslau / Wrocław, die Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin und das Ministerstwo Kultury i Dziedzictwa Narodowego / das polnische Ministerium für Kultur und Nationales Erbe. Die Bundesstiftung Aufarbeitung fördert die Arbeit von Gedenkstätten und Initiativen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und hat den Auftrag, die Erinnerung an die Verbrechen kommunistischer Diktaturen in Europa wachzuhalten. Dafür unterstützt sie die nationale und internationale Vernetzung von Einrichtungen, die historische Orte bewahren und sichtbar machen.

Die Stiftung Kreisau wurde im Sommer 1990 im Zuge des deutsch-polnischen Versöhnungs-

prozesses gegründet und hat das Ziel, die europäische Verständigung zu fördern. Während des Zweiten Weltkrieges versammelte sich auf dem niederschlesischen Gut der Familie von Moltke eine Widerstandsgruppe gegen das NS-Regime, die später als »Kreisauer Kreis« bekannt wurde. Die Stiftung Kreisau fördert als europaweit anerkannter Akteur die internationale Jugend- und Erwachsenenbildung.

Die Tagung setzte mit zwei einordnenden Keynotes ein: Christoph Kreutzmüller (Co-Kurator #lastseen, Berlin) hinterfragte, wie bestimmte Fotografien zu Ikonen der Shoah wurden und wie ein Großteil dieser Bilder aus der »Linse der Täter« rezipiert wurde. Laut Kreutzmüller kommt es nicht selten vor, dass Bilder einerseits ideologisch aufgeladen, inszeniert oder gar manipuliert sind, aber andererseits als scheinbar objektive Dokumente gezeigt und rezipiert werden. Anhand ikonischer Pressefotos und ihrer Verwendungszusammenhänge machte er deutlich, wie sich über die Jahre ein kollektives Bildgedächtnis zur Shoah herausbildete, welche Leerstellen es bis heute aufweist und was das für ihren Einsatz in Ausstellungen bedeutet. Zuzanna Schnepf-Kořacy (Polin Museum, Warschau) ergänzte diese Perspektive aus kuratorischer Sicht. Im Zentrum ihres Vortrags standen die Präsentationsweisen von Fotografien in Ausstellungen seit dem Zweiten Weltkrieg. Dabei zeigte sie, wie stark Kontext, Rahmung und Auswahl die Wahrnehmung der Besucher prägen und wie sich über Jahrzehnte auch die ethischen und musealen Standards im Umgang mit Bildern von Opfern hin zu einer emanzipierten Perspektive und Deutungsweise gewandelt haben.

Zwischen Beweischarakter, Geschichtsfälschung und Überwältigungsverbot: Bilder von Gewalt

Das erste Panel befasste sich mit Bildern, die Ereignisse von Gewalt dokumentieren, und mit deren Bedeutung als Beweis- und Wahrheits-träger oder geschichtsverzerrendes Instrument sowie den daraus erwachsenden Herausfor-

derungen in der Erinnerungspraxis. Babette Quinkert (Museum Berlin-Karlshorst, Berlin) präsentierte in ihrem Vortrag unterschiedliche Umgangsweisen mit Bildern von Gewalt im Ausstellungskontext. Neben der Einhaltung des im Beutelsbacher Konsens festgeschriebenen Überwältigungsverbots stehen Ausstellungsmacher vor der Herausforderung, den Erhalt der Würde der abgebildeten Personen sowie den Beweischarakter der Fotografien auszubalancieren. Daraus resultiere laut Quinkert die Aufgabe, in historische Ausstellungen einerseits die quellenkritische Einordnung von Fotografien zu integrieren und andererseits die Perspektiven sowohl der Betroffenen als auch der Täter abzubilden. Partizipative Medienstationen boten den Ausstellungsbesuchern die Möglichkeit, fotografische Quellen in Hinblick auf Gestaltungsentscheidungen, Entstehungsbedingungen, Provenienz sowie den Bildzweck und die Rezeption zu befragen.

Die mögliche Fehldeutung von Bildquellen problematisierte Michael Achenbach (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien) in seinem Beitrag über fünf Fotografien mit der Beschriftung »Lemberg/Lwów/Lwow« aus dem Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes. Die Fotoserie dokumentiert den von ukrainischen Nationalisten, deutschen Einsatzgruppen sowie der lokalen Bevölkerung ausgeübten Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung am 30. Juni / 1. Juli 1941 im deutsch besetzten, damals ostpolnischen/westukrainischen Lwów (heute Ukraine) kurz nach dem Abzug der sowjetischen Besatzer und des NKWD. Achenbach schilderte, wie die Fotografien des Pogroms vom 30. Juni und 1. Juli 1941 vermutlich Wehrmachtskommissionen zeigen, aber dass die Bestände aufgrund der lückenhaften Provenienz teilweise schwer deutbar sind und Missverständnisse oder falsche Eindrücke hervorrufen können. Dabei ging er auch auf die historische Genese des Bestandes ein, denn nur durch Bereitstellung des historischen Kontexts wird das Bildmaterial überhaupt lesbar.



Amélie zu Eulenburg
heißt die Gäste der Konferenz
willkommen.

Maria Smorževskihh-Smirnova (Narva Museum, Narva) behandelte in ihrem Vortrag den Wahrheitscharakter von Fotografien am Beispiel des sowjetischen Bildmaterials zur angeblichen Zerstörung der estnischen Stadt Narva durch NS-Deutschland. Das Bildmaterial der 1941 durch sowjetische Luftangriffe zerstörten Stadt und die dort abgebildeten Verwüstungen wurden von sowjetischer Seite als Beweismaterial für Naziverbrechen inszeniert, um Reparationszahlungen zu erhalten. Smorževskihh-Smirnova zeigte die Bedeutung der Kontextualisierung sowie Sichtbarmachung historischer Fakten zur Bekämpfung von Geschichtsfälschung. In einem aktuellen Projekt setzte das Narva Museum, das sich in unmittelbarer Nähe zur russischen Grenze befindet, sowjetische Bilder des zerstörten Narva mit Fotografien aus dem ukrainischen Butschka in Beziehung, wo im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine von russischer Seite ein Massaker an der ukrainischen Zivilbevölkerung verübt wurde.

Igor Stankevich (Journalist, Warschau) berichtete über seine Arbeit als belarussischer

Public Historian im Exil, der von Warschau aus durch Forschung und Dokumentation von kommunistischen Verbrechensorten belarussische Propaganda aufdeckt und widerlegt. Die offiziellen Zahlen zu kommunistischen Gewaltverbrechen in Belarus unterliegen Fälschungen, ein Opfergedenken wird von Seiten der Regierung unterbunden, und viele zivilgesellschaftlich errichtete Erinnerungszeichen wurden entfernt oder zerstört. Stankevich legte offen, wie die Orte der kommunistischen Verbrechen in Belarus aus Angst vor staatlichen Repressionen häufig sich selbst überlassen werden und nicht die historischen Fakten darstellen.

Bilder von Lagern und visuelle Leerstellen

In ihrem Beitrag diskutierte Kathrin Unger (Gedenkstätte Bergen-Belsen, Bergen) die Verwendung von Fotografien, die NS-Verbrechen in Konzentrationslagern dokumentieren, und die damit verbundenen ethischen Dimensionen der Darstellung. Im Beispiel von Bergen-Belsen liegt eine Fotodokumentation vor, welche die britische Armee bei der Befreiung des Lagers im

April 1945 aufgenommen hat. Die Gedenkstätte Bergen-Belsen verfolgt aktuell den Ansatz, die Fotografien des Lagers, von Getöteten und von der Gewalt stark gezeichneten Inhaftierten nicht mehr in der Ausstellung zu zeigen und somit vor allem die Würde der Opfer zu gewährleisten. Stattdessen werden andere lagerzeitliche Quellen, wie beispielsweise künstlerische Artefakte von Häftlingen, in der Ausstellung kontextualisiert und präsentiert.

Julia Landau (Gedenkstätte Buchenwald, Weimar) stellte die Frage nach der Bebilderung von Lagergeschichte am Beispiel des Sowjetischen Speziallagers Nr. 2 Buchenwald. In diesem Fall liegen keine visuellen, sondern nur schriftliche Dokumente vor, die die Verbrechen im sowjetischen Straflager belegen. Dabei problematisierte Landau die Wiederverwendung von Aufnahmen aus der Zeit des Konzentrationslagers Buchenwald für die Illustration der sowjetischen Verbrechen und verwies auf die Relevanz von Häftlingszeichnungen sowie der historischen Kontextualisierung.

In der Diskussion wurde die Frage laut, wie mit den fotografischen Leerstellen der Lagergeschichte im 20. Jahrhundert umzugehen sei und ob Zeichnungen und Fotografien unterschiedlich behandelt werden sollten. Unger betonte, dass zeichnerische oder andere grafische Darstellungen eine große Stärke in der biografischen Erklärung von historischen Geschehnissen besitzen, diese jedoch eine andere Funktion als Fotografien erfüllen. Wenn visuelle Lücken auch als diese im Ausstellungskontext wahrgenommen werden können, kann das laut Unger einen Mehrwert bedeuten.

Brüchige Bildgedächtnisse und Bildikonen: Bilder von Besatzung

Oft sparen Bilder von Besatzung die Erfahrungen der Zivilgesellschaft aus, die nicht dokumentiert wurden oder erst spät sichtbar gemacht werden konnten.

Iris Hax (Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Berlin) thematisierte den Umgang mit diesen Lücken in der Ausstellungspraxis.

Ihre Präsentation des deutsch-griechischen Projekts »Karya 1943. Zwangsarbeit und Holocaust« zum Thema jüdischer Zwangsarbeit unter deutscher Besatzung in Griechenland während des Zweiten Weltkriegs offenbarte, wie private Fundstücke – hier ein Fotoalbum – durch biografische Ergänzungen, Zeitzeugengespräche und digitale Formate neue Lesbarkeit gewinnen und die häufige Einseitigkeit von Täterfotografien kontextualisieren können.

Auch in Lettland bleibt das Bildgedächtnis von Brüchen durchzogen, wie Evita Feldentāle (Lettisches Okkupationsmuseum, Riga) aufzeigte. Während visuelle Zeugnisse von Verbrechen durch propagandistische Nutzungen im Nachgang vergleichsweise zahlreich sind, fehlen dort direkte Fotografien zur sowjetischen Repression und Besatzung vor 1941 sowie unmittelbar nach 1944/45 fast vollständig. Die visuelle Erinnerung konzentriert sich daher bis heute auf bestimmte Narrative, was insbesondere in postsozialistischen Gesellschaften nach 1990 zu asymmetrischen Erinnerungskulturen geführt hat, wie Adam Kerpel-Fronius (Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Berlin) am Beispiel Ungarns analysierte. Nach dem Ende des Kalten Krieges prägten zwei erinnerungskulturelle Strömungen das ungarische Geschichtsbild: eine, die die nationale Opferrolle betont und die Täterbeteiligung ausblendet, und eine, die sich dezidiert mit der aktiven Beteiligung Ungarns am Holocaust auseinandersetzt.

Robert Parzer (Deutsch-Polnisches Haus, Berlin) zeigte am Beispiel der NS-»Euthanasie«-Verbrechen in Polen und ihrer Überlieferung, dass Bilder von Repression und Gewalt an der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten selten überliefert sind. Damit bleibt der Mord an für »lebensunwert« erklärten Menschen ein marginalisiertes Verbrechen, das weder in Ausstellungen rezipiert und dokumentiert noch juristisch geahndet oder aufgearbeitet wurde.

Demgegenüber prägten Bildikonen von Besatzung das kollektive Gedächtnis der europäischen Gesellschaften bis heute. Fragen nach

Herkunft, Kontext und der Notwendigkeit visueller Gegenerzählungen stehen daher im Zentrum heutiger Erinnerungskulturen. Gerade weil viele historische Bilder aus der Täterperspektive stammen, erproben aktuelle Ausstellungen neue Formen, um Opfern und marginalisierten Gruppen visuell mehr Raum zu geben, sei es durch Zeichnungen, Animationen oder partizipative Ergänzungen.

Geschichtsvermittlung in Zeiten von TikTok, KI und Co.: Workshop World-Café

Im World-Café tauschten sich die Teilnehmer über digitale Vermittlungsstrategien von historischen Themen aus. Es wurden verschiedene kurze Präsentationen gehalten, etwa von Charlotte Meiwes (Arolsen Archives, Bad Arolsen), Aliena Stürzer (Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück), Pauline Gault (Haus der Europäischen Geschichte, Brüssel), Alexandra Köhring (Stiftung Hamburger Gedenkstätten), Sarah Kunte (Stiftung Ettersberg, Weimar) und Katarzyna Gasiulewicz (Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung). Dabei wurde deutlich, dass soziale Plattformen wie Instagram, TikTok usw. jeweils eine eigene Bildstrategie, genaues

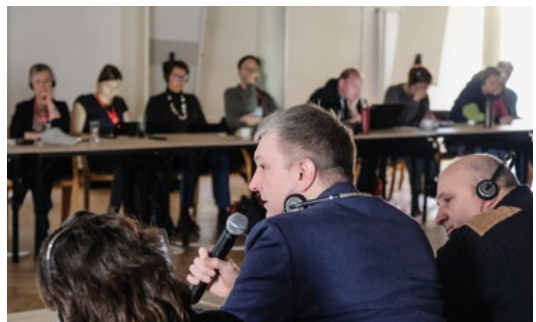
»Zielgruppentargeting« sowie eine spezifische Bildsprache erfordern. Die Erkenntnis, dass der Austausch mit der jeweiligen Community zentral sei, mündete in der Frage nach den Grenzen der Interaktivität: Der direkte Austausch mit Nutzern bedarf aufgrund politisch sensibler Themen einer Moderation, die wiederum nur bei entsprechender Finanzierung möglich ist.

(Sowjetische) Denkmäler vor und nach 1989

Der zweite Tag umfasste ein Panel zu sowjetischen Denkmälern sowie eine Exkursion nach Breslau/Wroclaw zum Thema »Denkmäler vor und nach 1989«. Das Panel untersuchte die Beziehung zwischen sowjetischen Denkmälern im öffentlichen Raum und dem historischen Bildgedächtnis. Anhand einer Analyse von über 400 sowjetischen und postsowjetischen Schulbüchern skizzierte Mischa Gabowitsch (Universität Mainz), wie sich die visuelle Darstellung von Denkmälern seit den 1960er-Jahren wandelte. In zentralen sowjetischen Lehrwerken erschienen sie zunächst als abstrahierte Silhouetten, losgelöst von Raum und Kontext, als visuelle Chiffren des »Großen Vaterländischen Krieges«. Ganz anders dagegen in regionalen Schulbüchern, in denen die Denkmäler mit

Dominik Kretschmann und
Adam Kerpel-Fronius sprechen
auf dem Panel zu Bildern von
Besatzung.

Die Fragen aus dem Publikum
leiteten lebhaft Diskussionen im
Anschluss an die Vorträge ein.



Menschen, Städten und Identifikationsangeboten verbunden wurden. Diese konkurrierenden Bildpolitiken wirken bis heute auch in der Ausstellungspraxis nach. In russischen Militärvideos werden Denkmäler aus der Froschperspektive inszeniert, um Hierarchien und Macht zu unterstreichen. Ukrainische Propagandabilder hingegen greifen ähnliche Monumente auf, aber in Selfie-Perspektive – auf Augenhöhe mit heutigen Kämpfenden – als Ausdruck eines fortgeführten »antifaschistischen« Widerstands.

Auch in Bulgarien sind sowjetische Monumente tief im öffentlichen Raum verankert. Dimiter Dimov (Universität Sofia) zeigte, wie sie nicht nur an die Befreiung 1945, sondern auch an den russisch-osmanischen Krieg anschließen – ein doppeltes Narrativ der »Kampfgemeinschaft«. Seit den 1990er-Jahren wurden viele dieser Orte jedoch kreativ umgedeutet, übermalt oder als urbane Freiräume neu besetzt. Spätestens seit 2014 setzte sich auch der politische Wille zur kritischen Kontextualisierung durch.

In Deutschland stehen sowjetische Ehrenmäler – etwa in Seelow oder Dresden – sinnbildlich für ein erinnerungskulturelles Spannungsfeld. Martin Wöpke (Volksbund Deutsche

Kriegsgräberfürsorge Sachsen-Anhalt, Magdeburg) betonte in diesem Zusammenhang, dass sie sowohl Ausdruck DDR-ideologischer Vereinnahmung waren als auch postsozialistische Umdeutungen erfuhren. Heute werden sie zunehmend als mehrschichtige Lernorte, mit Fokus auf Einzelschicksale und historische Differenzierung, verstanden.

Wie sich unter autoritären Bedingungen dennoch neue Erinnerungspraktiken herausbilden, zeigte Natalia Baryshnikova (Memorial International, Weimar) am Beispiel von Memorial. Durch spontane Mahnmale, DIY-Tafeln und digitale Netzwerke entsteht so ein alternativer Aktivismus, der sowohl im öffentlichen als auch im digitalen Raum Erinnerung gegen staatliches Vergessen behauptet.

Durch den Austausch wurde deutlich, dass das Erbe sowjetischer Monumente heute umkämpft ist wie nie – sei es durch staatliche Instrumentalisierung, zivilgesellschaftliche Aneignung oder durch das schlichte Verblässen ihrer symbolischen Bedeutung. Was im öffentlichen Raum bestehen bleibt, ist nicht nur das Materielle, sondern vor allem die Frage der Bedeutungszuschreibung und damit auch des Bildgedächtnisses.

Kristiane Janeke stellt den Teilnehmern des Panels zu Sowjetischen Denkmälern fortführende Fragen.



Die Partizipation von Personen aus den verschiedensten Disziplinen und Institutionen ermöglichte einen multiperspektivischen Austausch.



Visuelle Repräsentationen von Gesten der Versöhnung – eine kritische Auseinandersetzung

Pierre-Frédéric Weber (Uniwersytet Szczeciński/ Universität Stettin) analysierte Versöhnungsgesten von deutsch-französischen Gedenkveranstaltungen und ihre bildliche Überlieferung. Nach seiner Lesart sind es Veranstaltungen, die einer spezifischen Aufmerksamkeitsökonomie unterworfen sind, sowie Top-down-Ereignisse, die von den Repräsentanten des Staates für die Gesellschaft vollzogen werden. Dabei verwies er auf die vielen Bilder von Versöhnung, die nicht ins kollektive Bildgedächtnis gelangt sind – wie etwa das Treffen von Joachim Gauck mit François Hollande sowie Überlebenden in dem französischen Dorf Oradour-sur-Glane. Dort verübte die Waffen-SS 1944 ein Massaker an der dortigen Dorfbevölkerung und ermordete dabei 643 Bewohner. Gauck, Hollande und die Überlebenden des Massakers reichten sich bei seinem Besuch im Jahr 2013 die Hand.

Urszula Pękala (Universität Saarbrücken) widmete sich dem Thema Versöhnung aus einer polnischen und insbesondere historisch-theologischen Perspektive. Dabei unterstrich sie, dass Bilder von Versöhnungsprozessen nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund unterschiedlicher Versöhnungsbegriffe teils fehlinterpretiert wurden. Deutlich wurde, dass die polnische Lesart sich von anderen Perspektiven stark unterschied: Etwa wurde Willy Brandts Kniefall vor dem Denkmal des Warschauer Ghettoaufstands von polnischer Seite aus, die zumeist einer katholischen Ikonografie folgt, als dezidiert religiöser Gestus rezipiert. Brandts Kniefall war jedoch nie primär religiös intendiert, sondern als Zeichen der Betroffenheit und Vergebung zu verstehen. Pękala argumentierte, dass Versöhnungsbilder sich zwar häufig auf die Realität beziehen, diese aber teilweise verschleiern und Probleme nicht abbilden. Ihrer Meinung nach bedeutet die Existenz von Versöhnungsbildern nicht, dass diese Prozesse abgeschlossen sind. Um das volle Potenzial der Versöhnungsgesten und -bilder auszuschöpfen, sollten diese immer

in ihrem historischen Kontext betrachtet werden. Zudem erscheint es zwingend notwendig, sie hinsichtlich eines Versöhnungsenthusiasmus kritisch zu hinterfragen.

Fazit

Die Beiträge der Tagung gewährten einen Einblick in den Stand des historischen Bildgedächtnisses, den Umgang mit Fotografien und die kuratorische Praxis in Museen und Gedenkstätten. Neben kuratorischen Konzepten stand vor allem der Einsatz von fotografischem Material in Ausstellungen von Gedenkstätten und der Bildungsarbeit sowie die Nutzung von historischen Bildquellen in der Bildungsarbeit in Bezug auf die europäische (Gewalt-)Geschichte des 20. Jahrhunderts im Fokus. Die Relevanz der wissenschaftlichen Kontextualisierung, der pädagogische Auftrag, Bilder richtig deuten zu können, sowie der produktive Umgang mit visuellen Leerstellen im Sinne einer kritischen Bildgeschichte waren wesentliche Erkenntnisse der Panels. Ein zentraler Gedanke der Diskussionen war es aufzuzeigen, wo die Grenzen dessen, was Bilder in der historisch-politischen Bildungsarbeit leisten können, liegen. Zudem sind neben dem Kontext Bildgedächtnis und Erinnerung als solche auch die dazugehörigen Bilder einem Wandel unterlegen: Die digitale Transformation und der Einsatz von KI erfordern neue Strategien im Umgang mit visuell vermitteltem historischem Wissen. Insbesondere in Zeiten der Desinformation und Instrumentalisierung von Erinnerung – wie im Falle Russlands oder Belarus – werden neue Formen der Erinnerungsarbeit nötig.

Hannah Schönwald studiert im Master Geschichtswissenschaften mit dem Schwerpunkt Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Daneben arbeitet sie im Arbeitsbereich Gedenkstätten und Erinnerungskultur der Bundesstiftung Aufarbeitung sowie am Lehrstuhl für Public History der Fern-Universität in Hagen.

Samuel Alves Gaspar da Silva studiert im Master Zeitgeschichte an der Universität Potsdam und arbeitet im Arbeitsbereich Gedenkstätten und Erinnerungskultur der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Aktuelle Stellungnahmen und Positionspapiere

Editorischer Hinweis

Wir dokumentieren nachstehend: einen Diskussionsbeitrag von Jörg Ganzenmüller und Oliver von Wrochem zu aktuellen Herausforderungen der deutschen Geschichtskultur angesichts der Überarbeitung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes; eine gemeinsame Stellungnahme des Verbands der Geschichtslehrerinnen und -lehrer (VGD) und des Verbandes der Historikerinnen und Historiker Deutschlands (VHD) sowie ein Positionspapier der Initiative »Historiker*innen für eine demokratische Gesellschaft«.

Wozu brauchen wir Gedenkstätten?

Überlegungen zu aktuellen Herausforderungen der deutschen Geschichtskultur angesichts der Überarbeitung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes

Jörg Ganzenmüller · Oliver von Wrochem

Deutschland tat sich lange sehr schwer mit der Aufarbeitung der Staats- und Gesellschaftsverbrechen, die seine Geschichte im ausgehenden 19. Jahrhundert und im 20. Jahrhundert prägten. Die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen wurde in Deutschland gegen erheblichen Widerstand in Politik und Gesellschaft von den Siegermächten und den Überlebenden der Verfolgung begonnen. Diese gaben maßgebliche Anstöße und leisteten eigene Beiträge. Erst eine Generation später setzten sich verstärkt zivilgesellschaftliche Initiativen für eine Aufarbeitung ein. Aus dieser zunächst von einer gesellschaftlichen Minderheit getragenen Auseinandersetzung mit diesen deutschen Verbrechen ist allerdings seit den 1980er Jahren etwas Bemerkenswertes entstanden: Ein »negatives Gedächtnis« (Reinhart Koselleck), das die Verbrechen, die man anderen angetan hat, und hier insbesondere die Ermordung der europäischen Juden als systematisches Massenverbrechen, zum Kern einer gesamtstaatlich getragenen geschichtskulturellen Selbstverständigung macht.

Nicht affirmative Identitätsstiftung, sondern ein selbstreflexives Geschichtsbewusstsein hat sich in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als grundlegender Bestandteil der bundesdeutschen Geschichtskultur etabliert. Davon hat nach der deutschen Einheit auch die Aufarbeitung der SED-Diktatur profitiert, die die Versäumnisse im Umgang mit dem Nationalsozialismus explizit nicht wiederholen wollte. Vergleicht man die rasch einsetzende und recht umfassende Aufarbeitung des SED-Unrechts mit der Aufarbeitung diktatorischer Vergangenheiten in anderen Teilen Europas oder der Welt, dann sind wir auch hier weit gekommen. Im Gegensatz dazu hinkt die Auseinandersetzung mit den Verbrechen in den deutschen Kolonien weit zurück. Bis heute mangelt es an Wissen über unsere koloniale Vergangenheit und an einer gesellschaftlichen Verständigung darüber, welche Rolle die Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus in der deutschen Geschichtskultur spielen kann und soll.

Es ist nicht das erste Mal, dass wir um eine Erweiterung des »negativen Gedächtnisses« ringen. Mit dem Zusammenbruch der DDR begann eine Deutungskampf um die Verortung der SED-Diktatur in einer gesamtdeutschen Geschichtskultur. Auf der einen Seite standen jene, die Nationalsozialismus und SED-Diktatur als totalitäre Regime interpretierten und die Forderung nach Differenzierung tendenziell als Zumutung empfanden. Auf der anderen Seite stand die Befürchtung, dass mit der Aufarbeitung des völlig anders gearteten SED-Unrechts die Beschäftigung mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen in den Hintergrund treten würde. Den Ausweg aus dieser mitunter verhärteten Frontstellung wies Bernd Faulenbach, indem er den Umgang mit beiden deutschen Diktaturen zueinander in Beziehung setzte: Die NS-Verbrechen sollten durch die Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht nicht relativiert und umgekehrt das SED-Unrecht durch den Hinweis auf die NS-Verbrechen nicht bagatellisiert werden. Mit dieser

Formel gelang eine Integration des SED-Unrechts in eine gesamtdeutsche selbstreflexive Geschichtskultur. Heute ist unstrittig, dass die Auseinandersetzung mit der Shoah und den anderen NS-Verbrechen im Zentrum der deutschen Geschichtskultur stehen muss. Es ist aber zugleich wichtig, anhand der DDR die Funktionsmechanismen der SED-Diktatur zu vermitteln, um den Wert einer demokratischen Verfasstheit unserer Gesellschaft vor Augen zu führen. An die Stelle von vorschnellen Gleichsetzungen ist die viel wichtigere Frage nach Kontinuitäten und Brüchen in der deutschen Gesellschaft über das Jahr 1945 hinaus gerückt.

Heute stellt sich die Frage, wie sich diese geschichtskulturelle Konstellation sinnvoll um die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit erweitern lässt. Wenn wir aus den vergangenen Debatten etwas lernen wollen, dann können wir festhalten: Eine geschichtspolitische Parallelisierung von Verbrechenkomplexen, die zu unterschiedlichen Zeiten in ganz verschiedenen Kontexten geschehen sind, wäre auch in diesem Fall irreführend. Dagegen könnte es sinnvoll sein, die Kontinuitäten, aber auch die Brüche herauszuarbeiten, die es vom deutschen Kolonialismus über das 20. Jahrhundert bis ins Heute gibt.

Beispielsweise lässt sich der eliminatorische Antisemitismus der Nationalsozialisten und die Shoah keineswegs aus dem Rassismus herleiten, der die genozidale Praxis des deutschen Siedlerkolonialismus prägte. Während der Rassismus die »Anderen« außen verortet und als »minderwertig« markiert, wendet sich der Antisemitismus gegen »innere« Feinde und markiert sie nicht nur als minderwertig, sondern zugleich als »mächtig«. Die Vorstellung einer »jüdischen Weltverschwörung« ist genuiner Bestandteil des modernen Antisemitismus und bildete eine zentrale Legitimation für die Zielsetzung der Ermordung aller Juden Europas. Im Rassismus finden sich keine vergleichbar systematischen Auslöschungsphantasien gegenüber einer gesellschaftlichen Minderheit. Die Shoah ist von ihrer ideologischen Herleitung und

ihrem Charakter her insofern präzedenzlos. Anders verhält es sich mit der Begründung für die Eroberung von »Lebensraum« im östlichen Europa, der mörderischen Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener und von Sinti und Roma, dem Kolonialrevisionismus oder der Verfolgung Schwarzer Menschen in Deutschland. Diese Verbrechenskomplexe standen durchaus in einer Traditionslinie mit kolonialrassistischen Praxen im Deutschen Kaiserreich.

Auch zwischen dem SED-Unrecht und dem Nationalsozialismus lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzeigen: Anders als beim Deutschen Kaiserreich handelt es sich bei beiden um Diktaturen. Abweichende Meinungen wurden in beiden Systemen mit Gewalt und Kontrolle unterdrückt; auch gab es in beiden Staaten sozialrassistische Verfolgung; die Gewalt im SED-Staat richtete sich dabei ganz überwiegend gegen die eigene Bevölkerung, indem diese überwacht und Andersdenkende drangsaliert, unterdrückt und eingesperrt wurden. Hingegen hat die DDR keinen Angriffskrieg mit Millionen Toten geführt und auch keinen Völkermord begangen.

In den jüngsten Debatten um eine Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes wurde wiederholt behauptet, die bestehenden Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen und des SED-Unrechts negierten die Notwendigkeit eines gesamtgesellschaftlich getragenen und staatlich geförderten Gedenkens an die koloniale Vergangenheit ebenso wie des Gedenkens an Migrations- und Demokratiegeschichte. Mitunter wurde der Verdacht kolportiert, die bereits staatlich geförderten Gedenkstätten hätten Angst um ihre Pfründe und würden deshalb die thematische Erweiterung der Bundesgedenkstättenkonzeption zu einem Rahmenkonzept Erinnerungskultur ablehnen. Die Intervention der Gedenkstätten wurde mitunter als Angst vor Bedeutungsverlust interpretiert.

Deshalb möchten wir an dieser Stelle einmal klarstellen: die Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen und das SED-

Unrecht waren und sind mit großer Mehrheit dafür, noch zu entwickelnde Gedenkstätten an Orten, die historisch mit Verbrechen des deutschen Kolonialismus eng verbunden sind, in eine überarbeitete Gedenkstättenkonzeption des Bundes aufnehmen zu können. Dafür haben wir in vielen Gesprächen in den letzten Monaten geworben. Wir haben zugleich dafür geworben, eine Konzeption zur Förderung von Gedenkstätten gemeinsam mit bestehenden Gedenkstätten zu entwickeln, ein Anliegen, das am Ende von den politisch Verantwortlichen aufgegriffen wurde.

Wir sind uns bewusst, dass die Aufarbeitung des kolonialen Erbes eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe unserer Zeit bildet und Teil eines erweiterten »negativen Gedächtnisses« sowie eines reflexiven Geschichtsbewusstseins sein sollte. Allerdings war und ist es uns ein Anliegen, dass bei einer möglichen thematischen Erweiterung der Gedenkstättenkonzeption das Verhältnis von Kolonialismus, Nationalsozialismus und SED-Unrecht differenziert dargestellt wird. Hinzu kam und kommt für uns die Frage, in welcher Form übergreifende geschichtskulturelle Fragestellungen in eine Konzeption zur Förderung von Gedenkstätten Eingang finden sollten. Dies geschieht auch vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung bereits 2022 ein Rahmenkonzept zur Förderung von Orten der Demokratiegeschichte verabschiedet hat und dass Fragen der Einwanderungsgesellschaft und der Demokratiebildung auch bestehende Gedenkstätten seit vielen Jahren beschäftigen.

Eine überarbeitete Gedenkstättenkonzeption sollte unseres Erachtens weiterhin jene Orte ins Zentrum rücken, an denen über deutsche Staats- und Gesellschaftsverbrechen des 20. Jahrhunderts aufgeklärt wird. Diese Orte stehen für einen geschichtsbewussten Umgang mit diesen Verbrechen und stellen sich damit einer affirmativen Identitätsstiftung durch Geschichte entgegen. 80 Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager und des Kriegsendes gibt es kaum mehr Menschen, die aus eigenem

Erleben berichten können. Die Verbrechen des Kolonialismus liegen noch weiter zurück. Und selbst das SED-Unrecht liegt nun mehr als eine Generation zurück. In der Aufklärung über die Ursachen und Folgen der in diesen Epochen deutscher Geschichte verübten Verbrechen leisten Gedenkstätten einen wichtigen Beitrag zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und einer demokratischen Orientierung im Hier und Jetzt. Gedenkstätten rufen ins Bewusstsein, wohin ein Aufgeben der Demokratie und des Rechtsstaates, wohin Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus, wohin ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken und die Verfolgung politisch Andersdenkender, wohin Krieg und Unterdrückung geführt haben. Sie führen damit den Wert von Menschenrechten, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit vor Augen.

Ein Abschied vom »negativen Gedächtnis« wäre ein tiefgreifender Bruch in unserer Geschichtskultur. Das bedeutet nicht, dass nicht auch andere Themen jenseits dieses »negativen Gedächtnisses« für unsere Geschichtskultur wichtig sind. Für ein selbstreflexives Geschichtsbewusstsein ist es allerdings ungemein wichtig, die staatlichen Verbrechenkomplexe unserer Vergangenheit, also die NS-Verbrechen, das SED-Unrecht und den Kolonialismus in Beziehung zueinander zu setzen. In allen drei Themenfeldern geht es, bei allen sonst vorhandenen und zu berücksichtigenden Unterschieden, nicht zuletzt um folgende Fragen: Warum waren Menschen in der Lage, gegen andere Menschen solche Verbrechen zu begehen? Und welche politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen waren die Voraussetzung dafür, die Staatsgewalt zu einem erschreckend wirkungsvollen Instrument dieser Verbrechen zu machen?

Für die deutsche Geschichtskultur und die Arbeit an einem reflexiven Geschichtsbewusstsein ist ebenso von zentraler Bedeutung, die im Kolonialismus und in der NS-Zeit verübten Verbrechen und das SED-Unrecht in Erklärungsansätzen und Formen der Vermittlung in eine den

jeweiligen historischen Kontexten und damit den jeweiligen Besonderheiten bzw. Unterschieden gerecht werdende Beziehung zu setzen,. Das gilt etwa hinsichtlich der gesellschaftlichen Verankerung, der ideologischen Begründung und auch der Art und Quantität der jeweiligen Verbrechen. Ein vertiefter Austausch zwischen den verschiedenen erinnerungskulturellen Akteuren erscheint in diesem Zusammenhang unerlässlich – ein Prozess, den wir ausdrücklich befördern und konstruktiv begleiten möchten.

Prof. Dr. Oliver von Wrochem ist Vorstand der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen und Leitung KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Ettersberg und Professor für Europäischen Diktaturenvergleich an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

8. Mai 1945 – 80 Jahre danach.
Gemeinsame Stellungnahme
von VGD und VHD

Die Vorsitzenden des deutschen Verbands der Geschichtslehrerinnen und -lehrer (VGD) und des Verbandes der Historikerinnen und Historiker Deutschlands (VHD) sehen dringenden Handlungsbedarf, um auch in der Zukunft das Wissen um die Voraussetzungen unserer Demokratie in unserer Gesellschaft lebendig zu erhalten. Um 80 Jahre nach Kriegsende den Herausforderungen, denen die Demokratie heute wieder gegenübersteht, zu begegnen und eine kritische Erinnerungskultur nachhaltig zu gewährleisten, skizzieren VGD und VHD konkrete Maßnahmen.

Der 80. Jahrestag der Befreiung Deutschlands und Europas vom Nationalsozialismus ist untrennbar verbunden mit der kritischen Erinnerung an die Kapitulation des Deutschen Reiches und das Ende des Zweiten Weltkriegs. Aber die Zeitzeugen sterben, die kollektive Erinnerung verblasst, der Antisemitismus nimmt zu. Relativierung, Verharmlosung und Leugnung von NS-Verbrechen halten dieser Tage immer öfter Einzug in deutsche Klassenzimmer.

Die Vorsitzenden des deutschen Verbands der Geschichtslehrerinnen und -lehrer (VGD) und des Verbandes der Historikerinnen und

Historiker Deutschlands (VHD) sehen dringenden Handlungsbedarf, um auch in der Zukunft das Wissen um diese Voraussetzungen unserer Demokratie in unserer Gesellschaft lebendig zu erhalten.

»Den Krieg hat doch Polen provoziert.« – »Hitler und Stalin haben sich verstanden, die waren doch Sozialisten.« – »Die Juden waren doch irgendwie mitschuldig.« Solche und ähnliche Falschaussagen hört man in deutschen Klassenzimmern dieser Tage. Sie werden bedrohlich angesichts immer größerer Wissenslücken oder einer wachsenden Ablehnung junger Menschen, wenn es um die Bearbeitung der NS-Zeit und des Holocausts geht. Oft spielen dabei familiär-kulturelle Bindungen oder rechte Halungen eine Rolle. Dazu ertönt auch politisch der Ruf, »es jetzt einmal gut sein zu lassen« mit der NS-Zeit.

Leugnung oder Verharmlosung des Judenmords und Antisemitismus haben nach dem 7. Oktober 2023 nicht nur an Schulorten mit stark migrantischer Prägung Gehör und Zustimmung gefunden. Gleichgültigkeit, Unwissen sowie Fake News bei diesem Themenbereich sind der ideale Nährboden. Man glaubt Lehrkräften nicht mehr, historische Fakten oder mühsam zu erarbeitende Quellen zählen nicht – Blogger, Videos diverser zweifel- oder unzweifelhaft rechter Akteure übernehmen für viele Jugendliche mit ihren einfachen Botschaften und Bildern die Deutungshoheit.

Demokratiebildung in Deutschland kommt nicht ohne Kenntnis der NS-Zeit, des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen aus. Wir haben mit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik ein Dokument vorliegen, in dem schon mit Artikel 1 die »Väter« und »Mütter« der Verfassung deutlich gemacht haben, dass sie Lehren aus der damals nahen und dunklen Vergangenheit ziehen wollten. Unsere Demokratie fußt auf der Verarbeitung dieser Vergangenheit und der Übernahme historischer Verantwortung. Die Wiederkehr von Diktatur, Angriffskrieg und Holocaust sollten 1949 verhindert werden. Und dieses Ziel ist auch heute noch aktuell.

Unsere Demokratie steht heute, 80 Jahre danach, wieder vor der Herausforderung, wie Geschichtskultur und kollektive Erinnerung dieser Aufgabe gerecht werden. Das betrifft nicht nur unsere Hochschulen und Schulen – und ist sicherlich nicht allein dort zu lösen. Aber gerade an Schulen besteht dringender Handlungsbedarf. Das hat auch die Kultusministerkonferenz erkannt. Deren Ständige Wissenschaftliche Kommission hat 2024 die Empfehlung formuliert, dass Demokratiebildung weit über die Fächer Geschichte oder Politik/ Sozialkunde hinausgehen müsse. Zudem seien auch diese Fächer unbedingt zu stärken – und nicht gegeneinander ausspielbar.

Was schlagen VHD und VGD e.V. konkret vor?

Guten Unterricht: Wir müssen sicherstellen, dass Geschichte an Schulen ab 5. (oder 7.) Klasse durchgehend, zeitlich ausreichend und fachgebunden (nicht als »Verbundfach«) erteilt wird. Die Qualität des Unterrichts beginnt mit der angemessenen Fachausbildung der Lehrkräfte: es geht zentral darum, kritische Urteilsbildung und Bewertungskompetenz im Umgang mit Behauptungen über Schlüsselereignisse unserer Geschichte zu vermitteln.

Neue Wege: Wir brauchen neue Wege der Erinnerungskultur für Jugendliche. Die letzten Zeitzeugen sterben und wir sind gezwungen Alternativen zu entwickeln: Zum Beispiel mit sogenannten Zweitzeugen, den Nachkommen etwa von Nazi-Funktionen oder Holocaust-Opfern, die an Schulen gehen und deren Besuche staatlich gefördert werden. Gleichfalls brauchen wir digitale Zeugnisse von Zeitzeugen und Zeitzeuginnen oder andere anschauliche Dokumentationen der kritischen Ereignisse, die mit Unterrichtsmaterial unterfüttert werden.

Erinnerungsorte aufwerten: Wir brauchen endlich Rückenwind – aber keine Pflicht – für Gedenkstättenbesuche oder historische Exkursionen. Wir appellieren an die neue Bundesregierung mit ihrem Koalitionsvertrag Ernst zu machen und durch konkrete Angebote und

Maßnahmen, wie vereinbart, solche Besuche verstärkt zu ermöglichen. Die vielen Hindernisse für Genehmigungen und Organisation müssen beseitigt, eine einfachere finanzielle Unterstützung (Gutscheinsystem) organisiert werden. Dies würde die Besuche und den Kontakt mit der real sichtbaren Geschichte erleichtern.

Handlungssicherheit und Sprechfähigkeit gegenüber populistischen und rechtsextremen Äußerungen stärken: Sowohl in der Gesellschaft als auch an Hochschulen und Schulen werden wir immer häufiger mit »Stammtischparolen« und tendenziösen Äußerungen konfrontiert. Dem sehen sich insbesondere auch Lehrkräfte in Bildungseinrichtungen ausgesetzt. Um adäquat reagieren und argumentativ begegnen zu können, sind gezielte Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen notwendig, aber auch eine klare Rückendeckung im Konfliktfall.

80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung Europas und Deutschlands vom Faschismus wird Erinnerung zu einer großen Anstrengung. Wir müssen uns dieser Aufgabe stellen!

www.historikerverband.de/aktuelles/meldungen/8-mai-1945-80-jahre-danach/

Positionspapier

Initiative »Historiker*innen für eine demokratische Gesellschaft«

Hist4dem ist ein Netzwerk von historisch arbeitenden Menschen aus Universitäten, Schulen, Einrichtungen der kulturellen und historisch-politischen Bildung, Museen, Archiven, Gedenkstätten, freien Historiker*innen, Autor*innen und Kulturschaffenden. Wir haben uns zusammengeschlossen, um uns der Zunahme rechtsextremer und demokratiefeindlicher Bewegungen entgegenzustellen.
www.hist4dem.de/

Als Historikerinnen tragen wir Verantwortung dafür, gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu begleiten, historische Zusammenhänge aufzuzeigen und die Demokratie zu schützen. Daher sehen wir uns nun, da rechtsextremistische und demokratiefeindliche Parteien und Bewegungen dramatisch an Zulauf gewinnen, in einer besonderen Verpflichtung. Wir müssen uns der destruktiven Propaganda und Hetze entschieden entgegenstellen. Unsere Initiative setzt ein klares Zeichen: für demokratische Werte, für Toleranz und Freiheit, für Solidarität sowie gegen Ausgrenzung und gesellschaftliche Spaltung.

Als historisch Arbeitende in Wissenschaft, Bildung und Kultur klären wir über die Gefahren und ideologischen Hintergründe demokratiefeindlichen, antisemitischen und rassistischen Denkens auf. Der Verzerrung historischer und aktueller Fakten und einer rechtspopulistischen Geschichtspolitik setzen wir eine kritische, den demokratischen Prinzipien verpflichtete Bildung entgegen. Wir erklären Komplexität statt zu vereinfachen und stärken die Urteilskraft aller, um Geschichtsklitterung zu erkennen und ihr entgegen zu treten. Denn wir sind davon überzeugt: Eine faktenbasierte und differenzierte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist die Grundlage für eine demokratische und solidarische Gesellschaft.

Wir verstehen uns als Plattform, die historisch Arbeitende miteinander vernetzt, um gemeinsam gegen die gesellschaftliche Spaltung durch die Extreme Rechte vorzugehen. Zusammen mit anderen Akteurinnen der Zivilgesellschaft setzen wir uns ein für den Schutz unserer offenen, demokratischen und vielfältigen Gesellschaft, für Menschenrechte, Toleranz und Meinungsfreiheit.

Wir rufen alle historisch Arbeitenden und Interessierten dazu auf, sich uns anzuschließen. Lasst uns gemeinsam ein Zeichen setzen für Demokratie, Solidarität und Vielfalt!

Ausstellungen

Alt Rehse

bis 29. Juni 2025

Volk – Gesundheit – Staat.

Gesundheitsämter im Nationalsozialismus

Lern- und GeDenkOrt Alt Rehse

www.ebb-alt-rehse.de/files/veranstaltungen.htm

Berlin

2. Juli 2025 bis

11. Januar 2026

»Die Nazis waren ja nicht einfach weg.«

Vom Umgang mit dem Nationalsozialismus in Deutschland seit 1945

Ausstellung des Schulmuseums der Universität Erlangen-Nürnberg

www.topographie.de/ausstellungen/

Berlin

bis 25. August 2025

Widerstand gegen den Nationalsozialismus am Kriegsende

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

www.gdw-berlin.de/angebote/ausstellungen/ausstellung/view-aus/1945-widerstand-gegen-den-nationalsozialismus/

Berlin

bis 3. September 2025

Nach der Befreiung – Perspektiven auf das Kriegsende in Lichtenberg

Museum Lichtenberg

www.museum-lichtenberg.de/index.php/angebote/ausstellungen/1022-ausstellung-nach-der-befreiung

Berlin

bis Herbst 2025

Vergessene Befreiung. Zwangsarbeiter:innen in Berlin 1945

Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit

www.ns-zwangsarbeit.de/de/ausstellungen/kommende-ausstellung/

Berlin

bis 30. Oktober 2025

Der Krieg und ich – Kriegskinder 1939 – 1945

Mitte Museum

www.mitemuseum.de/de/ausstellungen/2025/der-krieg-und-ich-nbsp

<u>Berlin</u> bis 23. November 2025	Gewalt ausstellen: Erste Ausstellungen zur NS-Besatzung in Europa, 1945 – 1948 Deutsches Historisches Museum www.dhm.de/ausstellungen/gewalt-ausstellen-erste-ausstellungen-zur-ns-besatzung-in-europa-1945-1948/
<u>Dachau</u> bis 31. Dezember 2026	Dachauer Prozesse – Verbrechen, Verfahren und Verantwortung KZ-Gedenkstätte Dachau www.kz-gedenkstaette-dachau.de/sonderausstellungen/dachauer-prozesse-verbrechen-verfahren-und-verantwortung/
<u>Düsseldorf</u> bis 28. September 2025	Innovativ, erfolgreich, jüdisch. Düsseldorfer Visionäre: Freundlich, Schöndorff, Loewy Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf www.gedenkstaetteduesseldorf.de/veranstaltungen-2/sonderausstellung/
<u>Erfurt</u> bis 1. November 2026	Verfolgen und Aufklären. Die erste Generation der Holocaustforschung Erinnerungsort Topf & Söhne www.topfundsoehne.de/ts/de/service/aktuelles/ausstellungen/2025/150030.html
<u>Esterwegen</u> bis 20. August 2025	»Ich wusste, was ich tat« – Früher Widerstand gegen den Nationalsozialismus Stiftung Gedenkstätte Esterwegen www.gedenkstaette-esterwegen.de/aktuelles/detail/ich-wusste-was-ich-tat-frueher-widerstand-gegen-den-nationalsozialismus-thema-in-der-gedenkstaette-esterwegen-201.html

Flossenbürg

bis 14. September 2025

Die Verleugneten.**Opfer des Nationalsozialismus 1933 – 1945 – heute**

KZ-Gedenkstätte Flossenbürg

www.gedenkstaette-flossenbuerg.de/de/besuch/ausstellungen/die-verleugnetenGardelegen5. Juni – 28. August
2025**Wer ein Leben rettet ...****Lebensgeschichten von Kindern des »Verlorenen Transports«**

Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

www.verlorenertransport.deGörlitz

bis 14. Dezember 2025

Nationalsozialismus in Görlitz – 80 Jahre Kriegsende

Görlitzer Sammlungen / Kaisertrutz

www.goerlitzer-sammlungen.de/nationalsozialismus-in-goerlitz.htmlHamburg

bis 14. September 2025

**Neu gesehen. Multimedia-Arbeiten über dänische Zeichner
im KZ Neuengamme**

KZ-Gedenkstätte Neuengamme

www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/nachrichten/news/ausstellung-neu-gesehen-multimedia-arbeiten-ueber-daenische-zeichner-im-kz-neuengamme/Hamburg

bis 28. November 2025

Befreite und Befreier? Kriegsende in Hamburg 1945Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr
Hamburgwww.hsu-hh.de/befreite-und-befreier-kriegsende-1945-in-hamburgHohenems

bis 5. Oktober 2025

Yalla. Arabisch-jüdische Berührungen

Jüdisches Museum Hohenems

www.jm-hohenems.at/ausstellungen/aktuelle-ausstellung

<u>Köln</u> 19. Juni bis 14. September 2025	trotzdem da! Kinder aus verbotenen Beziehungen zwischen Deutschen und Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeiter*innen NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln www.museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/trotzdem-da
<u>Leipzig</u> 31. Juli 2025	Wege der Befreiung: Der Weg der US-Armee in Mitteldeutschland bis 1945 Capa-Haus www.wege-der-befreiung.org/de
<u>München</u> bis 10. Mai 2026	Erinnerung ist... NS-Dokumentationszentrum München www.nsdoku.de/erinnerung-ist
<u>Oranienburg</u> bis 31. August 2025	»... endlich Frieden?!« – 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Nationalsozialismus Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen www.sachsenhausen-sbg.de/ausstellungen/sonderausstellungen/
<u>Potsdam</u> bis 8. Oktober 2025	Napola Potsdam. Erziehung im Nationalsozialismus Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung www.politische-bildung-brandenburg.de/ausstellungen/napola-potsdam

Befreit in Leipzig 1945

Das Kriegsende aus der Perspektive
von Zwangsarbeiter:innen

Am 18. April 1945 erreichten die US-Truppen Leipzig. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich zehntausende ausländische Zwangsarbeiter:innen in der Stadt: zivile Zwangsarbeiter:innen, Kriegsgefangene und KZ-Gefangene, die die Deutschen während des Zweiten Weltkriegs aus ganz Europa zur Arbeit nach Leipzig verschleppt hatten. Es geht um ihre Erfahrungen und Perspektiven auf die letzten Kriegstage, die Befreiung und die unmittelbare Nachkriegszeit, die die Gedenkstätte für Zwangsarbeit in Leipzig mit dem Projekt #BefreitInLeipzig1945 zum Thema macht.

Ergänzend zur Plakatkampagne in Straßenbahnen und Bussen, an Haltestellen und in ausgewählten Schaufenstern gibt es eine virtuelle Ausstellung. Sie stellt die Zwangsarbeiter:innen und Überlebenden vor, die auf den Plakaten zu Wort kommen und geht den Fragen nach: Wie erlebten sie die letzten Kriegstage, die Befreiung und die unmittelbare Nachkriegszeit in Leipzig? Welche Hoffnungen, Ängste und Wünsche hatten sie im Frühjahr 1945?

www.zwangsarbeit-in-leipzig.de/befreit-in-leipzig-1945

BEFREIT in Leipzig 1945 virtuelle Ausstellung



„Plötzlich ein Ruf: ›Die Amerikaner kommen.‹

Die Freude ist groß, wir sind befreit.“

**LUUK
KUIJK**

ehemaliger niederländischer
Kriegsgefangener



Seminare und Konferenzen

Berlin

2.–4. Juli 2025

Summer School TikTokracy

Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten. TikTok ist eine der beliebtesten Social Media-Plattformen bei jungen Menschen. Die dreitägige »Summer School TikTokracy« bietet den Teilnehmenden die Möglichkeit, ihr Wissen in den unterschiedlichen Themenbereichen zu vertiefen und ein relevantes Netzwerk aufzubauen. Neben der Vermittlung von Theorie und Hintergrundwissen in Fachvorträgen, Workshops und Podiumsgesprächen wird der Erwerb praktischer Fähigkeiten dabei eine zentrale Rolle spielen: In einem Concept Lab erarbeiten und diskutieren die Teilnehmenden eigene Konzepte für ein »Impact-Projekt« auf TikTok – ein Projekt, das extremistischen Narrativen entgegenwirkt und positive Auswirkungen auf Demokratie und Gesellschaft hat. www.bpb.de/veranstaltungen/veranstaltungskalender/561222/summer-school-tiktokracy/

Leck

(Schleswig-Holstein)

14.–18. Juli 2025

Vergangenheit verstehen.

NS-Tatorte an der schleswig-holsteinischen Westküste

In den letzten Jahren wurden einige Gedenkstätten und historische Lernorte in Schleswig-Holstein erneuert oder neu geschaffen. Dabei wurden aufwendige Ausstellungskonzepte und innovative Bildungsangebote entwickelt und getestet. Ein gemeinsames Ziel dieser Bemühungen ist es, dass diese Orte eine bedeutende Rolle dabei spielen, die Demokratie zu stärken. Dieser Bildungsurlaub, der auf den Erfahrungen und Erkenntnissen entlang der schleswig-holsteinischen Westküste basiert, deckt Themen wie Geschichte und Neuorientierung, Strukturen und Netzwerkarbeit sowie Vermittlungsmethoden und Techniken ab. Eine zentrale Frage, die dabei diskutiert wird, ist, welche Wirkung Gedenkstätten und ähnliche Orte im 21. Jahrhundert haben können und welche Bedingungen geschaffen werden müssen, um diese Wirkung zu maximieren.

www.nordsee-akademie.de/programm/vergangenheit-verstehen-ns-tatorte-an-der-schleswig-holsteinischen-westkueste-1-1

Dachau

6.–10. Oktober 2025

**Dachau Autumn School 2025 –
Erinnern. Forschen. Vermitteln.**

Im Oktober 2025 startet die erste Dachau Autumn School. Die KZ-Gedenkstätte Dachau und das Max Mannheimer Studienzentrum (MMSZ) bieten jungen Erwachsenen (bis 27 Jahren) die Möglichkeit, sich intensiv mit der Geschichte des Ortes von 1933 bis heute auseinanderzusetzen. Mehr als 200.000 Gefangene aus über 40 Nationen waren im KZ Dachau und seinen Außenlagern inhaftiert, mindestens 41.500 Menschen starben dort an Hunger, Krankheiten, Folter, Mord und anderen Folgen der KZ-Haft. Ziel der Arbeit rund um die KZ-Gedenkstätte Dachau ist es, an das Leiden und Sterben der Häftlinge zu ERINNERN und durch das FORSCHEN und VERMITTELN eine Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen zu fördern.

www.kz-gedenkstaette-dachau.de/nachrichten/dachau-autumn-school-2025-erinnern-forschen-vermitteln/

Ravensbrück

25.–29. August 2025

Europäische Sommer-Universität Ravensbrück

Die Europäische Sommer-Universität Ravensbrück findet jedes Jahr in der letzten Augustwoche als generationenübergreifende Konferenz in der Mahn- und Gedenkstätte statt. Sie richtet sich an einen interdisziplinären Kreis von Teilnehmenden, der sich aus Studierenden, Wissenschaftler:innen, Multiplikator:innen der historisch-politischen Bildung und weiteren Interessierten zusammensetzt. Das vielfältige Programm enthält Vorträge, Führungen und Workshops, sowie Filmvorführungen und künstlerische Abendgestaltungen. Die 17. Europäische Sommer-Universität wird unter dem Titel »Täter:innen – Bilder und Orte. Eine Herausforderung für Forschung und Vermittlung« stattfinden.

www.ravensbrueck-sbg.de/sommer-uni/

Bildung und Forschung Online

Bildungsplattform »und heute?«

Der Bildungshub ist eine frei zugängliche Bildungsplattform der Arolsen Archives. Hier findet sich ein wachsendes Angebot digitaler, interaktiver Lernmodule, die sich mit der NS-Geschichte und Fragen gesellschaftlicher Teilhabe und Ausgrenzung seit 1945 beschäftigen. Zielgruppe ist die GenZ, also junge Menschen, die zwischen 1995 und 2010 geboren wurden. Junge Lernende haben die Möglichkeit, in einem geschützten Raum allein oder in der Gruppe neue Inhalte zu erkunden.

www.school.arolsen-archives.org/

DachauEdu – die App für Bildungsangebote

Die Dachau Memorial Education App (DachauEdu) ist ein Angebot der Bildungsabteilung der KZ-Gedenkstätte Dachau und bietet verschiedene digitale Übungen und Materialien für Lehrkräfte, Multiplikator/-innen und Jugendliche ab 13 Jahren an. DachauEdu entstand innerhalb des mehrjährigen Projekts Digitale Gedenkstättenpädagogik, das die Bildungsabteilung der KZ-Gedenkstätte Dachau zwischen 2023 und 2026 umsetzt.

www.kz-gedenkstaette-dachau.de/geschichte-online/dachau-memorial-education-app/

Den digitalen Wandel gestalten. 20 Empfehlungen für Kultureinrichtungen

Museen, Theater, Opernhäuser und Gedenkstätten haben in den letzten Jahren mit digitalen Technologien und Ästhetiken experimentiert, neue Arbeitsweisen und Organisationsformen erprobt und ihr Profil vor dem Hintergrund des digitalen Wandels strategisch ausgebaut. Sie haben verstärkt auf Teilhabe und Co-Kreation gesetzt und neue diverse Communities angesprochen. Wie können Kultureinrichtungen die digitale Transformation auch in Zukunft selbstbestimmt und gemeinwohlorientiert gestalten? Welche Technologien, Kompetenzen und Kooperationen helfen ihnen dabei? Ausgehend von den vielfältigen Erkenntnissen, die hierzu im Förderprogramm Kultur Digital der Kulturstiftung des Bundes (2019–2024) gewonnen wurden, gibt diese Handreichung 20 Empfehlungen für den digitalen Wandel in Kultureinrichtungen.

www.kulturstiftung-des-bundes.de/fileadmin/user_upload/kultur_digital/KSB_Kultur-Digital_Handreichung_final.pdf

Enzyklopädie des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma in Europa

Diese Enzyklopädie bietet erstmals einen umfassenden Überblick über das vorhandene Wissen zur Verfolgung und Ermordung der Sinti:ze und Rom:nja während Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg (1933–1945) in Europa. Mehr als 100 Autor:innen aus 25 Ländern (Stand: Juni 2025) wirken daran mit. Die Beiträge über die Geschichte und die Nachwirkungen des Völkermordes werden laufend aktualisiert und auf etwa 1000 Artikel anwachsen.

<https://encyclopaedia-gsr.eu/>

Living Database: Mapping the World's Digital Holocaust Memory Projects

Das Landecker Digital Memory Lab veröffentlicht eine digitale Karte mit über 350 digitalen Erinnerungsprojekten. Als Vorläufer einer lebendigen Datenbank fungiert sie als frei zugängliche Ressource, die digitale Projekte zur Erinnerung an den Holocaust auf der ganzen Welt erfassen soll. Die Karte umfasst Initiativen und Projekte, die sich mit verschiedenen Medientechnologien wie Augmented und Virtual Reality, Computerspielen, 360-Grad-Fotografie, 3D-Modellierung oder sozialen Medien befassen.

www.digitalmemorylab.com/database/digital-map/

Der Holocaust als Meme – Wie in digitalen Räumen Geschichte umgedeutet wird

Wenn eine KI-generierte Anne Frank im Feed auftaucht, DJs in der Gaskammer auflegen, die AfD Tipps zur Ahnenforschung gibt und Israel zur neuen Chiffre des Bösen wird: Geschichtsbilder von jungen Menschen werden heute maßgeblich im Netz, durch Videospiele und digitale Anwendungen geprägt. Doch die Gefahren werden bislang noch viel zu wenig beleuchtet – und die Potenziale und Chancen, die sich durch digitale Geschichtsvermittlung ergeben, sind noch längst nicht voll ausgeschöpft. Der Bericht der Bildungsstätte Anne Frank stellt einige Beispiele geschichtsrevisionistischer Inhalte in digitalen Medien vor, die eine breitere Öffentlichkeit brauchen – sei es, weil sie besonders große Reichweiten erzielen, besonders subtilen Strategien folgen oder zu schon bedenklich normalisierten Formen alternativhistorischer Erzählungen gehören.

www.bs-anne-frank.de/mediathek/publikationen/der-holocaust-als-meme

Nachgegraben

Online-Ausstellung über die Aktion
»1933–1945 Nachgegraben«

Am 5. Mai 1985 kamen etwa 60 Personen zu einer Erinnerungsaktion auf dem Gelände des heutigen Dokumentationszentrums Topographie des Terrors zusammen – damals eine Brachfläche am Rande West-Berlins. Mit einer symbolischen Grabung machten sie auf die national-sozialistische Vergangenheit des Ortes aufmerksam und setzten sich für eine dauerhafte »Denk-Stätte« ein.

Die Aktion »1933–1945 Nachgegraben« war nicht nur ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Stiftung Topographie des Terrors, sondern steht beispielhaft auch für den zeitgenössischen Geschichts- und Erinnerungsaktivismus »von unten«. Doch wie kam es zur Grabungsaktion im Mai 1985? Wer waren die Menschen, die sich daran beteiligten? Was waren ihre konkreten Anliegen? Warum war ihnen dieser Ort und seine Geschichte so wichtig?

40 Jahre danach eröffnet die Online-Ausstellung »Nachgegraben« verschiedene Wege, um nach Antworten auf diese Fragen zu suchen. Ausgehend von historischen Fotografien können sowohl die Biographien und Motivlagen der damaligen Akteur:innen als auch die stadträumliche Umgebung erkundet werden. Darüber hinaus werden die Geschichte des Ortes sowie die erinnerungskulturellen Kontexte in der Bundesrepublik der 1980er-Jahre beleuchtet. Ein Highlight sind Video-Interviews mit damals Beteiligten, die auf die Aktion und ihre Nachwirkungen zurückblicken.

»Nachgegraben« ist ein Projekt des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. und der Berliner Geschichtswerkstatt in Kooperation mit der Stiftung Topographie des Terrors.

www.nachgegraben.berlin



Beiträge
Ein neuer Akteur meldet sich in den Diskussionen um das Gelände zu Wort – das Aktive Museum Faschismus und Widerstand in Berlin wird gegründet.

1983



5. Mai 1985



8. Mai 1985

TOPOGRAPHIE DES TERRORS

www.topographie.de
www.gedenkstättenforum.de

